

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Gebührenstempel pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 10 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 90 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postleitzahl Nr. 4627) vierjährig 2,10 M., für 2 Monate 1,40 M., für 1 Monat 70 Pf. zzgl. Versandgeld.

**Redaktion:** Tauchaer Str. 19/21.  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung, Leipzig.  
**Telephon:** 2721.  
**Sprechstunde:** 6—7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 5gesparte Peitsche oder deren Raum mit 25 Pf., für Gewerbeschäften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer frühestens 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

## Schwarze Demagogie.

\* Leipzig, 7. März.

Die Kolonialpolitik des Reiches hat durch die Verweigerung der Mittel für die sogenannte Usumbara-Bahn einen schweren Stoß erlitten, und der Reichstag hat mit diesem Beschluss eine Bahn betreten, von der wir nur wünschen können, daß er sie auch weiter halten möge. Speziell die Sozialdemokratie ist sonst für Ausdehnung und Erwollkommnung der Verkehrsmittel stets zu haben, deren ungestaltende Wirkung sie kennt und von denen sie erwartet, daß sie bei allen Mängeln von heute doch ein gutes Teil dazu beitragen werden, Veraltetes und Überlebtes zu beseitigen und eine bessere Zeit anzubauen zu helfen. Aber wir bedürfen zunächst der Ausbildung des Verkehrsverkehrs noch im eigenen Lande, wo ein brutales und buntigeriges Agrarrium den modernen Verkehrsmitteln mißtraut oder feindlich gegenübersteht, weil diese die Massenflucht der Landproletarier aus dem „Funkelparadies“ erleichtern und jene „Arbeiternot“ hervorbringen helfen, welche die herren Großgrundbesitzer auf dem Lande manchmal zu kleinen Lohn erhöhung zwingt — gewiß eines der größten Verbrechen, das an dem patriarchalischen Junkertum begangen werden kann. Diese Thatsachen allein können genügen, um die Sozialdemokratie zu bewegen, die Mittel für koloniale Eisenbahnen abzulehnen, während die Junker, die dahinter stehen, feindselig sind, für diese Eisenbahnen stimmen. Aber es gibt noch viele andere und sehr gute Gründe, die uns gegen die koloniale Eisenbahnen Stellung nehmen lassen. Diese werden lediglich im Interesse der Plantagenbesitzer ergründet. Da sollte die Ostafrikanische Gesellschaft das Unternehmen doch selbst bestreiten. Aber unsere Großkapitalisten, ungefährlich sie manchmal sonst auftreten, haben ein sehr gutes Gefühl für die Rentabilität eines Unternehmens. Der verstorbene Abgeordnete Siemens, ein Haupt der Finanzpolitik in Deutschland, meinte, auf solche Bahnen sich einzulassen sei das Privatkapital zu vorsichtig. Und da sollten nun die Steuerzahler herangezogen werden in einer Zeit, da die Reichsschäden an einem großen Deficit franken! Ostafrika hat zwar eine alte Kultur, aber wenn man in den 17 Jahren, seitdem es unter dem Schutz des Reiches steht, dort deutscherseits nicht die getragenen Erfolge hat erzielen können, trotzdem viele Millionen veransagt worden sind, dann ist es doch auch wohl in den Augen mancher Optimisten endlich weit genug gekommen, daß man an eine Umkehr denden muß. Die meisten Kolonialschwärmerei sind vielleicht nicht leicht zu dieser Einsicht zu bringen. Auch hierzu oft die verschrobensten Anschanungen über die

klimatischen und anderen Zustände in den Kolonien vor. Über Ostafrika sind sich die Gelehrten ziemlich einig in der Überzeugung, daß auch die gesündesten pommerischen Bauern das Klima daselbst nicht lange vertragen können; nichtsdestoweniger wurde im Reichstage die Ansicht ausgesprochen, man solle in Ostafrika Bauernhöfe statt Pflanzungen anlegen. Welcher Bauer soll denn so dumm sein, sein Vermögen und seine Gesundheit auf einem ostafrikanischen „Bauernhof“ aufs Spiel zu setzen?

Die Ostafrikanische Gesellschaft hat für ihr Gebiet im vorigen Rechnungsjahr einen Reichszuschuß von 5 260 000 M. erhalten und 1 790 000 M. an Zölle eingenommen. Dabei wohnen auf dem beinahe eine Million Quadratkilometer umfassenden Gebiet im ganzen etwas über 1100 Europäer, und unter diesen befanden sich 1900 nur 872 Deutsche. Das ist das Resultat einer Besiedlungskunst von mehr als 15 Jahren. Die Schutztruppe bestand aus 176 Deutschen und 1692 Farbigen im Jahre 1901; dazu kommt aber noch die Polizeitruppe mit 20 Deutschen und 40 farbigen Unteroffizieren und 530 farbigen Mannschaften. Und dieser große Apparat ist erforderlich, um einen Handel mit dem deutschen Zollgebiet zu schützen, der an Einfuhr und Ausfuhr kaum so viel an Wert beträgt, als daß Reich zuschließen müßt. Eine solche Kolonie ist in alle Zukunft aussichtslos; eine kleine, aber teure Eisenbahn kann daran auch nichts ändern.

Wohin soll man mit dieser Kolonialpolitik kommen, wenn bei dem schlechten Stande der Finanzen so weiter gewirtschaftet wird? Deutsch-Südwestsafrika hat im vorigen Rechnungsjahr über 9 Millionen, Kamerun beinahe 11 Millionen Reichszuschuß erfordert; bei Deutsch-Südwestsafrika betrug der Wert der Ausfuhr und Einfuhr ungefähr ebenso viel, als der Reichszuschuß, bei Kamerun die Hälfte. Und da kommt man immer noch mit neuen Zauberbildern von einem künftigen „Aufschwung“ der Kolonien und verlangt immer mehr Ausgaben für diese sterilen Landstriche in einer Zeit, da der Schatzkasten von neuen Steuern spricht!

Der Reichstag hat recht gehabt, daß er endlich ein Halt rief. Freilich ein schwaches, denn im übrigen wird die Kolonialpolitik in der bisherigen Weise vorläufig weitergehen.

Das Centrum hat diese Entscheidung herbeigeführt, obwohl sich der Ober-Kolonialschwärmer Prinz v. Aremberg in seinen eigenen Reihen befindet. Seit einiger Zeit wurde in den Centrumsblättern der schärfsten Tonart gegen die Kolonialsezeret des Prinzen entschieden Front gemacht. Es wurde ausgesprochen, daß man den deutschen Steuerzahler keine besondere Belastungen aufzürzen dürfe wegen der

besonderen Liebhabereien des Prinzen und seiner engeren Freunde.

Die Wirkung dieser Umkehr ist an sich sehr erfreulich; sie muss aber genommen werden als das, was sie ist, als ein taktischer Schachzug des Centrums, der dessen spätere Haltung in dieser Frage keineswegs maßgebend bleibt wird. Hier sieht man die Furcht des Centrums vor den Wählern. Die Neuwahlen rücken in drohende Nähe und die „Bewilligungsparole sans phrase“ sieht sich nun genötigt, ihren verblaßten Nimbus aufzufrischen, indem sie etwas in „Opposition“ macht. Die Mandat mit dem Jesuitengesetz ziehen nicht mehr recht; es müssen schon andere Posen angewendet werden. Wahr meinten es die Herren mit der Bekämpfung der Kolonialpolitik auch nicht allzu ernst. Sie könnten ja, wenn sie wollten, der ganzen Kolonialpolitik den Garan machen; die Linke würde sie dabei unterstützen. Aber das fällt ihnen gar nicht ein. Sie streichen nur die Mittel für die Usumbara-Eisenbahn, einen Posten von anderthalb Millionen. Damit wird in den Blättern das bekannte große Geschrei erhoben; das deutsche Volk kann wieder einmal sehen, wie nur die Centrumsparole es ist, welche seinen Geldbeutel behütet und welche im Staatshaushalt jene weise Sparsamkeit walten läßt, die von anderen Parteien versprochen, aber nicht innergehalten wird. Wegen der anderthalb Millionen Abstech sollen die Wähler vergessen, daß das Centrum Hunderte von Millionen für die Schlachtflotte bewilligt und die Ausgaben so gesteigert hat, daß man den Tabak und das Bier höher besteuern will, um den Aufschuß zu decken; sie sollen vergessen, daß das Centrum die ganze bisherige Lebensmittelverteilungspolitik mitgemacht hat und daß es sich jetzt den Brotwucherern angegeschlossen hat; sie sollen die Gefahr übersehen, die von den vom Centrum unterstützten Junkern droht. Ob sie das ihm werden? Zum guten Teil schon; aber bei einem großen Teil werden diese abgedroschenen Demagogienkünste nicht verfangen. Man streicht die berühmte Korvette K und man bewilligt dafür die Schlachtflotte; man streicht die eine Million und bewilligt dafür dreißig andere zu denselben Zweck — das ist denn doch auch für stockultramontane Wähler ein wenig zu durchsichtig.

Nur die Nähe der Wahlen ist maßgebend. Wenn diese vorüber sind und das Centrum hat seine Position wieder behauptet, so daß die Entscheidung abermals bei ihm liegt, dann wird die Usumbara-Eisenbahn bewilligt werden, und zwar so sicher, als zwei mal zwei vier ist. Wenn die Regierung sich noch liebvolll der katholischen Missionare anzunehmen auch nur verspricht, dann wird die Eisenbahn mit Hurra

## Seuilleton.

Illustration verboten.

## Die leibhaftige Bosheit.

Roman von Gustav Wied.

Einzig berechtigte Übersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Mann.

Und zweimal lief der Dichter auf allen Vieren durch die Flügelthür aus und ein! — Und klar und laut perlten die Verse über seine Lippen. Seine schmarrnde Stimme wurde tief und volltonend. Man erlebte alles mit ihm. Man sah die dunklen Tiesen des Urwaldes. Sah die Vogelstimme sich über ihr Benteürzen, sah, wie sie sie mit ihren vielgelenkigen Armen packte, festhielt, auszog, von sich spie — — und die Erregung steigerte sich zur Ekstase, als der Dichter endlich, unter dem Tisch heraus, unter den er jetzt gekrochen war, diese letzten Zeilen in das Publikum schleuderte:

„Und also,  
Vogelstimme gleich,  
An ihrem mürben Haben  
In dem dunklen Urwald —  
Hängt meine Seele  
Künste,  
Verlassen,  
Allein  
In dem schwundenden Raum  
Zwischen den segelnden Welten  
— Wo die Sonne nicht scheint,  
Wo der Wind nicht weht —  
Und greift mit den Armen,  
— Leer,  
Inhaltslos,  
Hungertu —

Greift und verzehrt  
Der Menschheit Theorien,  
Der Menschheit Gedanken,  
Und prüft sie und schleudert sie von sich:  
Vergebens!  
Und schreit,  
Wie Millionen vor mir  
Und nach mir,  
Und bittet  
Flehend  
Um Licht,  
Um Klarheit,  
Um Deutung,  
Um Lösung,  
Erklärung,  
— O, du Lenker der Welten! —  
Bon des Weltalls grohem, schweren  
Preisrebus!“

Als er sein Gedicht mit einem Schrei, einem Notruf geendet hatte und wie eine Leiche ausgestreckt unter dem Tische lag, da lag auch Gammelkjöbing zu Henri de Madsons Füßen.

Der Saal war gelüftet.

Man hatte unten in dem Zummelplatz der Kreuzjäcke ein starkendes Abendessen eingenommen, und jetzt sollte getanzt werden.

An den Wänden entlang saßen die verheiratenen Damen steif und kerzengerade in ihrem Pub und ihrer Frauenwürde. Die Toiletten wurden einer sachkundigen Kritik unterworfen. Und hätte man sich gegenseitig bis auf das Unterzeug untersuchen können, man hätte es sicherlich gehabt.

Die Bürgermeisterin Nejerjen schritt an den Reihen entlang. Sie trug ein stahlgraues, seidenes Kleid. Und

huldiglich herablassend nickte und lächelte sie nach allen Seiten.

„Das hat sie zu ihrer silbernen Hochzeit bekommen!“ flüsterte Frau Krämer Nienhause. Frau Kürschner hatte das zu. (Sie meinte das Kleid.) „Es ist fünf Jahre alt. Das kann man auch am Schnitt sehen!“

Und Frau Holteras flüsterte zurück:

„Ja, und großer Gott, wie sie sich kröpt! — Wir leben doch wirklich unter einer freien Verfassung!“

Ober auf der Bühne hatte die Musik die Stelle des Dichters eingenommen und begann jetzt die Violinen zu stimmen. Die Jugend sah erwartungsvoll aus. Die Herren standen rechts, die Damen links aufgestellt. Aber man warf feurige Blicke quer durch den Saal.

Der Kille-Kille-Gutsbesitzer Heimann kam blond, lächelnd und abgehärtet durch die Thür, die zu den Restaurationslokalen führte. Er hatte Frau Oppermann am Arm.

„Bitte zu engagieren, meine Herren!“ rief er und klatschte in die behandschuhten Hände. „Bitte zu engagieren!“

Und sofort stürzten die Männerlein zur Stechen sich über die Fräulein zur Linken. Es entstand eine große Bewirrung von Schwarz und Weiß.

„Einen Marsch, Herr Callesen, s'il vous plaît!“ rief der Gutsbesitzer zur Musik hinzu.

Und Herr Callesen stimmte den Hochzeitsmarsch aus dem „Sommernachtstraum“ an.

„Ach!“ seufzte Wulsdine, die ganz nahe an der Thür in einer Ecke saß. „Was für eine Musik, Mann!“

„Wünscht man zu tanzen?“ fragte Thomsen galant. Er war im Diplomatenrock und weißen Handschuhen.

bewilligt und auch noch andere losspieligere Dinge dazu, auch wenn die Finanzen des Reiches, was sehr wahrscheinlich, noch bedeutend schlechter stehen würden als zur Zeit. Das gute Volk kann's ja zahlen.

Eben dieses gute Volk sollte bei den nächsten Wahlen sich dazu erheben, dem Centrum die Entscheidung in solchen Dingen aus der Hand zu nehmen.

## Politische Übersicht.

Der Doktor aus Amerika.

Ein in Amerika erworbener Doktorhut galt bisher unter der deutschen Gelehrtenzunft nicht ganz als voll- und ebenbürtig. Die akademischen Perücken in Deutschland wollten die überseelische Wissenschaft nicht als vollwertig gelten lassen, und die deutschen Behörden verachteten den „amerikanischen Doktor“ vollzeilich das Recht zur Führung des Doktorhutes. Die Wissenschaft und ihre Grade sollten kein Exportartikel sein; nur an deutschen Hochschulen sprudelte der kostliche Quell reiner Wissenschaft, und nur die Jünger deutscher Meister konnten zu ähnlich geistigen Geschenken gründlicher Gelehrsamkeit geweiht werden. Ob dies zöppige Monopol auch in Zukunft Geltung haben wird, mag zweifelhaft erscheinen, nachdem ein deutscher Prinz von einer amerikanischen Universität mit dem Doktorhut ausgezeichnet worden ist und der deutsche Kaiser seinen Bruder zur Verleihung dieses Titels, „der höchste Ehre, die Amerika aussteilen kann“, feierlich beglückwünscht hat.

Prinz Heinrich hat in den wenigen Tagen, da er in Amerika weilt, viel erlebt. Er hat im Zug einen großen Teil der Riesenrepublik durchreist, er ist Ehrenbürger der Stadt New York und Ehrendoktor der Rechte der Harvard-Universität in Cambridge geworden. Er hat damit die höchsten Dualitäten, die die Union an einen Ausländer zu vergeben hat, auf seinen Ehrenscheitel gehäuft. Nachdem er der amerikanischen Presse die Ehre seines Besuches gegeben, macht er auch der amerikanischen Wissenschaft seine Reverenz, indem er aus ihrer Hand eine Auszeichnung annimmt, die die inländischen Monopolisten der Geschäftsamkeit nur sehr bedingt als Auszeichnung anerkennen.

Die bürgerliche deutsche Presse und die bürgerliche akademische Wissenschaft haben allen Grund, sich über diese Bevorzugung zu beschlagen. Sie können sich beide mit dem Bibelwort trösten, daß der Prophet im eigenen Vaterlande nichts gilt, und sie werden sich darauf einrichten müssen, sich selbst und ihre Produkte zu exportieren, wenn sie höchste und allerhöchste Anerkennung finden wollen. In Deutschland sind die Presseleute „verkommene Gymnasiasten“, in Amerika „kommandierende Generale“; in Preußen-Deutschland hudest man die Professoren von alters her als Leute, die „kaum zum Waschen zu gebrauchen sind“, läßt sie von geheimrätlichen Juristen mit Versen und allerhand Gewissensschilden malträtiere; in Amerika empfindet man es als höchste Auszeichnung, wenn eine dortige Universität einen exotischen Ehrendoktorhut zu vergeben hat. Und der grimmige Humor — nicht des Herrn Dr. Althoff, sondern der Weltgeschichte — will es, daß die amerikanische Universität in ihrer Verlegenheit über die wissenschaftlichen Dualitäten des Ehrendoktoranden, die Vergabe dieser Würde mit den Verdiensten begründet, die die deutsche Wissenschaft von der Zeit der Reformation an bis zur Entwicklung der transatlantischen Welt gehabt habe. Es sind also in Wirklichkeit die deutschen Universitäten, es ist das Wissen und die Kultur der deutschen Einwanderung, denen die Auszeichnung gilt, und Prinz Heinrich, der Ehrendoktor, ist nur deren sichtbarer, symbolischer Vertreter. Auf dem Umweg über die puritanische Harvard-Universität wird dem Hohenzollernsprovinz die kulturhistorische Bedeutung der freien deutschen Wissenschaft zum Bewußtsein gebracht, wie dieser selbst Herr über den Ocean gehen möchte, um für die Geistesarbeit der deutschen Presse eine annähernd richtige Perspektive zu finden.

Früher ging einmal die Sage, jeder Hohenzollernprinz müsse ein Handwerk lernen, damit er auch einen Begriff vom Leben bekomme. Nach den Erfolgen der Amerikareise des Prinzen Heinrich wird es sich empfehlen, diesen alten schönen Brauch — wenn er überhaupt einmal existiert hat! — dahin abzuändern, daß man jeden Hohenzollernprinzen einmal auf einige Wochen über große Wasser schickt, damit er dort das richtige Auge für die deutsche Welt und ihre wirkliche Größe bekomme. Vielleicht machen ihn dann die Erben der deutschen Kultur darauf aufmerksam, daß es in Deutschland außer Kaserne und Polizei auch so etwas wie eine Kultur gibt, die im Auslande — selbst in ihrer zweigestraten exotischen Verkümmern — immer noch der Gegenstand gewaltigen Respekts ist. Hoffentlich

„Nein, um Gottes willen!“ antwortete Wulfdine und schlammerte sich an Mutter Karen fest.

Mit dem Stille-kille und Frau Oppermann an der Spitze marschierten die tanzenden Paare jetzt schweigend und feierlich rund um den Saal herum. Dies war ja eine Art Vorstellung.

Der Gutsbesitzer machte eine Bewegung mit der Hand.

„Eine Polka! — Vier Paare, bitte!“

„Was haben Sie für einen reizenden Mann!“ sagte Fräulein Olivia zu Frau Heimann, die blaß und still in der Nähe der Musik saß und dem Tanz mit großen Augen zuschaute.

Frau Heimann zuckte zusammen.

„Ja — —“

„Ja, weiß Gott, er ist reizend! — — Sie selber tanzen nicht?“

„Nein!“

„Was sagen Sie?“ Das Waldhorn wurde angebracht.

„Nein!“

„Also nicht?“

Nach einer Weile erhob sich Frau Heimann leise und suchte sich einen anderen Platz.

Die Witwe Krandsen, die kleine, verkrüppelte Mutter des „Klumpens“, saß neben Frau Bäckermeister Windberg, einer mächtigen Dame, deren schwarzes Atlasskleid über der Brust einen Ocean von Fleisch in Schranken zu halten schien.

Sie sprachen über Henri de Madens Declamation.

„Wersehen konnte man es ja nicht,“ sagte Frau Krandsen. „Aber schön anzuhören war es!“

bringt auch der neugebildete Doktor aus Amerika etwas von diesem Neßpell in die alte Heimat mit.

### Höflichkeit — Begehrlichkeit — Freigebigkeit!

Diese drei einander widerstreben Eigenschaften wurden heute, so wird uns aus der Bolltarifskommission vom 6. März geschrieben, zusammengezogen und zwar merkwürdigerweise von den Agrarier. Dem Vorsitzenden, Abg. Nettich, hätte kein Mensch solche Höflichkeit zugestraut, wie er sie in der heutigen Sitzung entwickelte. Er schien die gestrigste Resolution erzieherisch auf sich wirken zu lassen und präsidierte parlamentarisch unbeschreibbar. Insolgedessen verließen die Verhandlungen glatt, wenn auch einige scharfe Worte zwischen Abgeordneten der Linken und Herrn v. Wangenheim gewechselt wurden, der hochaufgerichtet über die Rebe des Abg. Stolle seine Rücksicht ausprach. Nach dem Auftreten dieses Herrn in der Bolltarifskommission begreift man, daß er zum Vorsitzenden des Bundes der Landwirte sich trefflich eignet, denn in ihm sind die hervorragendsten Eugenien der Krautjunker vereinigt. Mit ungezählter Begehrlichkeit stellt er seine Bollerhöhungsanträge, die samt und sonders die Massen noch mehr belasten wollen, wie die Vorlage der Regierung. Charakteristisch ist sein Antrag auf Einführung eines Bolles von 5 M. auf Fleischortofeln. Das ging aber selbst den Compromissmännern über den Strang, sie setzten ihn auf die Hälfte herab und drückten den Antrag Herold und Genossen trocken der eindrücklichsten Vorhaltungen des Staatssekretärs, Grafen v. Posadowitz, durch.

Die henschlerische Centrumspartei versetzte den arbeitenden Klassen Brügel auf den Magen, vertilgt Brod, Fleisch, Kartoffeln, kurz alle notwendigen Lebensmittel und wagt es dabei, den Arbeitern vorzureden, sie vertrete deren Interessen. Ungebrüggs legten hingegen die Agrarier einen verdächtigen Arbeitseifer an den Tag. Als am Schlusse der Sitzung die Frage aufgeworfen wurde, ob und wie die Kommission während der Verlegung des Plenums in den Osterferien arbeiten solle, gebärdeten sie sich sehr arbeitsfrei, um den Bolltarif zu stände zu bringen. Sie könnten nämlich den Zeitpunkt nicht erwarten, wo ihnen die Früchte des Bolltariffs in Gestalt von harten Thaler in die Taschen fließen. In der Aussicht auf diese ertragreiche Zeit wosollen sie den in der Bolltarifskommission äußerst angepannten Mitgliedern gnädigst Diäten für ihre schwere Arbeit gewähren. Agrarische Freigebigkeit! Camp, Graf Laniz und Genossen wollen für die Zeit, in der die Kommission während der Verlegung des Plenums arbeitet, gesetzliche Gewährung von Diäten herbeiführen. — Das sind dieselben Leute, für die die Bolltarifvorlage der Regierung „unannehmbar“ ist.

### Deutsches Reich.

Parlamentsbriefe.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 6. März. Der Reichstag beendigte heute die zweite Sitzung des Kolonialrats. Beim Etat für Ostafrika verlangte die Regierung für die Weiterführung der Telegraphenlinie Dor - es - Salam - Mapwa nach Tabora 770000 M., von denen 602000 M. im Postamt und 168000 M. im Kolonialrat verrechnet werden sollten. Die Budgetkommission hatte hier am Kostenanteil der Postverwaltung 302000 M. gestrichen, und das Plenum stimmte dem zu. Abg. Dr. Müller-Sagan von der freisinnigen Volkspartei bestämpfte die Fortsetzung der Telegraphenlinie, die höchstens Nashörner und Kamele zum Telegraphieren dienen werde. Herr Dassbach wischte, wie schon gestern, von der Fraktionsparole des Centrums ab und fasloß sich den freisinnigen Abgeordneten an.

Beim Etat für Kamerun spielte das traurige Kapitel der Kriegs-Mißhandlungen wieder einmal eine Rolle. Der konservative Abg. Schrempp brachte ein paar Fälle geradezu bestialischer Nohheiten, deren sich die europäischen „Kulturräuber“ schuldig gemacht, zur Sprache. Als der Kolonialdirektor Dr. Stübel zwar in allgemeinen zugab, daß Verschulden vorgekommen seien, sich aber um die Einzelfälle herumdrückte, nagierte Ledebour die krassen Fälle, die in die Öffentlichkeit gedrungen waren, nochmals fest und fragte den Kolonialdirektor direkt, was daran Wahres sei. Herrn Dr. Stübel war die Sache offenbar peinlich; er murmelte ein paar Worte, wonach es doch kaum im Interesse des Reiches liege, alle solche Fälle anschaulich im Reichstage zu erörtern, und teilte dann drei Gerichtsurteile mit, durch die Weiße wegen Negativhandlungen und anderer Verbrechen zu Gefängnisstrafe von einem Jahr und in zwei Fällen von 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden

„Ja, daß ein Mensch so was fertig bringt!“ sagte Frau Windberg. Sie dachte in erster Linie an die gymnastischen Leistungen des Dichters.

„Ja, er hat es in seinem Kopf!“ sagte Frau Krandsen. „Aber jetzt soll er ja auch zu Bett gegangen sein!“

„Ja, so was muß ja sichtbar angreifen — — Nun spricht die Gräfin schon wieder mit Frau Heilbunth!“

„So — o? — thut sie das? — — Ja, das thut sie auch wirklich! — — Eine schöne Dame, die Gräfin!“

„Ja, sie kauft bei uns!“

„Ach, thut sie das?“

Die gräfliche Familie von Rosenthal (Vater, Mutter, Sohn und Tochter) erwiesen Gammelkjöbing regelmäßig die Ehre, an dem Februarball teilzunehmen. Die Eltern waren angenehme, einfache Leute, aber die Nachkommenschaft hielt auf Würde. Der Sohn, Graf Julius, lang aufgeschlossen und zweihundzwanzigjährig, schlenderte im Saal herum und betrachtete die Bürgetöchter mit einem lebensmüden Ausdruck in den Augen. Er begriff es nicht, daß die Alten sich hierauf einlassen könnten! Und die Tochter, Kontesse Agathe, ebenfalls lang aufgeschlossen (aber siebenundzwanzigjährig und aus diesem Grunde etwas verbittert) konnte vor Affektion kaum sprechen. Sie hatte sich ein Jahr in einem Schweizer „Aengstlüh“ aufgehalten und hatte infolgedessen ihre Muttersprache zum Teil verlernt. Zollkontrolleur Knopstedt nannte sie immer mit dem etwas technisch klingenden Namen: die Schraube ohne Ende.

Augenblicklich war sie schweigend und einigermaßen empört Zeugin davon, wie ihr Papa vergnügt lächelnd die Frau Postmeisterin im Saal herumschwankte.

sind. Die Art, in der diese Verbrechen vor sich gegangen waren, verschwieg der Kolonialdirektor auch jetzt.

Über mehrere Kolonien wurde gar nichts gesagt, man unterhielt sich nur noch über die Karolinen und Marianen und über Samoa. Die Karolinen, Palau-Inseln und Marianen, die Deutschland vor einigen Jahren für 16 Millionen von Spanien erworben hat, haben unseren Kolonialenthusiasten eine rechte Enttäuschung gebracht. Mit welcher furchtbaren Verehrsamkeit wußte seiner Zeit der damalige Staatssekretär des Reiches, Graf Vilow, ihre Reize und ihren wirtschaftlichen Wert zu schätzen! Jetzt muß die Regierung in ihrer Deutschtum selbst zugeben, daß das kleine ungewönd, die Bevölkerung faul und sitzenlos, die wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit sehr gering und der Boden steinig ist! Der freisinnige Dr. Wiemer wies auf diesen Reinfall hin. Es war mir recht interessant, wie sowohl der Staatssekretär v. Richthofen als der Gouverneur von Neuguinea, v. Bemmigsen, die Sache auf einmal so darstellten, als ob damals nicht wirtschaftliche, sondern politische Gründe für die Erwerbung dieses Komplexes von Klippen und steinigen Inseln maßgebend gewesen wären. Es habe damals, sagte Herr v. Richthofen, der „nationalen Wunsch“ bestanden, die Verbindungsbrücke zwischen Neuguinea und den Morschallsinseln in deutschem Besitz zu sehen. Von einem solchen „nationalen Wunsch“ hat man aber außerhalb der Regierung nichts gehört. Weiter meinte der Staatssekretär, man habe Anlaß gehabt, die politische Seite des Ankaufs nicht zu betonen. Um also sehr zweifelhaft politische Vorteile zu verstehen, wurden dem Reichstag die Gaufelder von fruchtbaren Bäumen vorgezeigt, die man in der Südsee erwerben wolle! Im übrigen zeigte sich Gouverneur v. Bemmigsen, ein Sohn des früheren Oberpräsidenten von Hannover und nationalliberalen Parlamentariers, bemüht, den trübseligen Eindruck der Regierungsschrift wieder einzumaßen zu verwischen.

Beim Etat für Samoa brachten die Abg. Dr. Bachem und Dr. Hasse die Versuche zur Sprache, die das deutsche Gouvernement dort mit der Einführung der Selbstverwaltung gemacht hat. Auch der Gouverneur von Samoa, Dr. Solf, war anwesend und erzählte dem Hause einiges aus seiner Verwaltungstätigkeit. Seine Mitteilungen waren recht amüsant und erweckten wiederholte große Heiterkeit.

Damit war der Kolonialrat erledigt. Dem Präsidenten, Grafen Ballerstrem, passierte nun das kleine Malheur, den nächsten Gegenstand der Tagesordnung, die Vorlage über die ostafrikanische Centralbahn, ganz zu übersehen. Dieser Gegenstand kommt daher erst morgen an die Reihe. Es wird wohl ohne Debatte an die Kommission zurückverwiesen werden, wie dies ein von Mitgliedern aller Parteien unterzeichnete Antrag verlangt. Außerdem stehen morgen die noch vorhandenen Reste der zweiten Etatsberatung auf der Tagesordnung.

### Chronik der Majestätsbeleidigungssprozesse.

Eine Majestätsbeleidigung beschäftigte gestern das Reichsgericht zum zweiten Male. Der Major August Hildebrandt ist wegen dieses Vergehens am 27. Oktober v. J. vom Landgericht Hannover zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden, nachdem ein früheres Urteil vom Reichsgericht aufgehoben worden war. Es handelt sich um eine Neuherfung, die der Angeklagte in einem Gasthofe zu Wulzen gegenüber dem Fußgendarmen Schomburg gethan hat. Das Gericht hat angenommen, daß der Angeklagte damit habe zum Ausdruck bringen wollen, der Kaiser habe den Thron illegitim inne.

Die Revision des Angeklagten gegen das neue Urteil wurde gestern vom Reichsgericht verworfen.

\* Berlin, 7. März. Der Bundesrat überwies in seiner gestrigen Sitzung den Antrag Preußens, betreffend die Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeitern auf Steinkohlenbergwerken, Zink- und Bleierzbergwerken und auf Kupferwerken im Regierungsbezirk Oppeln dem zuständigen Ausschuß. Ferner wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen: der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Zuständigkeit in Wasser- und Meliorationsangelegenheiten, ferner die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1898 und der Entwurf des Magistrats der Stadt Niel gegen die Verlogung der Genehmigung zum Bau eines Handelshauses in der Wicker Bucht bei Niel. Über die Wahl von Mitgliedern der Reichsschulden-Kommission wurde Beschluss gefasst. Die Zustimmung wurde erzielt den Ausschüssen betreffend den Entwurf einer Bestimmung über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf Steinkohlenbergwerken in den Bergbaubezirken von Preußen, Baden und Elsaß-Lothringen, ferner betreffend den

Graf Julius kam vorüber.

„Wollen wir in die väterlichen Fußstapfen treten, Agathe?“ näherte er und zeigte mit einer müden Handbewegung auf den väterlichen Skandal.

„Non mon cher Schuhles!“ sagte die Kontesse mit Würde. „Il faut donc pour le moins que nous deux exercions le comme-il-faut!“

Die Musik stimmte einen Lancier an, und man ordnete sich in Quadrillen.

Gutsbesitzer Heimann engagierte abermals die Buchhändlerin, was peinliches Aufsehen zu erregen begann. Die Frauen an den Wänden saßen wie auf gerösteten Kastanien.

Fran Stadtkassierer Lassen und Frau Redakteur Heilbunth hatten sich zu beiden Seiten von Frau Heimann gesetzt, die bald nicht mehr wußte, wo sie sich vor dem Geklatsche bergen sollte.

„Doch Sie es ihm nicht verbieten!“ sagte die Stadtkassiererin, vor Empörung bebend. „Doch Sie sich darein finden! — Wenn Lassen sich so was unterstünde!“

„Ich tanze selber ja nicht,“ sagte Frau Heimann — „wegen meines Beines.“ (Sie glich einer armen kleinen Maus zwischen zwei Stühlen.) „Und Heimann tanzt so gern.“

Frau Lassen saß eine Weile da und lud. Dann schaute sie mit einem Knall aus ihr heraus.

„Es ist unmoralisch!“ sagte sie — „im allerhöchsten Grad! — Was sagen Sie dazu, Frau Heilbunth?“

„Ja, ich muß ja allerdings auch sagen —“

(Fortsetzung folgt.)

Entwurf eines Gesetzes für Elsass-Lothringen über die Disziplin der Gerichtsvollzieher und endlich dem Auschussberichte über a) die Berechnung der nach dem Reichshaushaltsetat für 1902 zur Deckung der Gesamtausgabe des ordentlichen Staats aufzubringenden Matrikularbeiträge und b) die Denkschrift über die Ausführung der Auseinandersetzung und Beschluss des Reichsgerichts hierzu. —

Gegen den flüchtigen ehemaligen verantwortlichen Redakteur der Staatsburger Zeitung, Voelker, ist von der Staatsanwaltschaft ein Haftbefehl erlassen worden.

Die Zuckerlourenz hat, wie wir bereits gestern an anderer Stelle mitteilten, nun doch ihre Beratungen mit Erfolg zum Abschluß gebracht. Ihr Ergebnis wird offiziell in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wie folgt zusammengefaßt: Vertrag am Vertrage sind einerseits das Hauptverbrauchsland für Zucker: Großbritannien, andererseits die Zuckerevorräte: Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, Belgien und die Niederlande. Ferner haben sich Italien, Spanien und Schweden, welche Zucker zwar produzieren, aber nicht ausführen, der Konvention mit gewissen Vorbehaltungen angeschlossen. Russland ist hingegen offen, es ist ihm aber, wie auch den anderen Ländern, der nachträgliche Beitritt offen gehalten.

Die genannten Zuckerevorräte verpflichten sich, alle direkten oder indirekten Prämien auf die Erzeugung oder die Einfuhr von Zucker bedingungslos abzuschaffen. Es werden so auch in Frankreich, das im Laufe der Verhandlungen zunächst auf Beibehaltung eines Teiles seiner indirekten Prämie erhoben hatte, die Prämien nunmehr vollständig bestätigt. Für diese Länder wird ferner der sogenannte Überzoll, das heißt der Unterschied zwischen der Zoll- und Steuerbelastung des eingeführten ausländischen Zuckers und der Belastung des inländischen Zuckers, auf einen Höchstbetrag festgesetzt, der bei Raffinade und ähnlichem Zucker 6 Franken und bei rohem Zucker 5% Franken für 100 Kilogramm nicht überschreiten darf. Der Zweck dieser Bestimmung ist, für die Zukunft es unmöglich zu machen, daß unter hohem Zollschutz die Zuckerindustrie eines Landes mit Hilfe von Kartellen und Syndikaten den Zuckerpreis in die Höhe treibt und dadurch übermäßige Vorteile zieht, die den Prämien gleichkommen. Auf Italien, Spanien und Schwedeninden die vorstehenden Bestimmungen so lange keine Anwendung, als diese Länder Zucker nicht ausführen. Großbritannien übernimmt gleichfalls die Verpflichtung, daß es Prämien nicht gewährt wird. Die kleine Prämie, die den englischen Raffinerien in der besonderen Gestaltung des seit dem 1. April 1901 bestehenden englischen Zuckerzolls zugeschlagen ist, wird also befehligt werden. Ferner hat Großbritannien das wichtige Versprechen gegeben, während der Dauer des Vertrags den Zucker seiner Kolonien nicht günstiger als den Zucker der Vertragsstaaten zu behandeln. Die britischen Kolonien und auswärtigen Beziehungen sollen nicht ohne weiteres unter den Vertrag, es ist ihnen vielleicht nur der Beitritt offen gehalten. Indessen hat Großbritannien die Verpflichtung übernommen, daß dem Zucker seiner Kronkolonien keinerlei Prämien gewährt werden dürfen. In Britisch-Ostindien werden mit dem Inkrafttreten des Vertrags die dort bestehenden Prämien-Ausgleichszölle gegenüber den Vertragsstaaten wegfallen. Die niederländischen Kolonien gleichen nicht unter den Vertrag. Aber auch ihrem Zucker werden keine Prämien gewährt werden, und derselbe darf bei der Einfuhr in den Niederlanden nicht günstiger als der Zucker der Vertragsländer behandelt werden. Zucker aus Ländern, die den Vertragsbedingungen sich nicht unterwerfen, soll zum Ausgleich der Prämien, die er im Ursprungsland genieht, oder der Vorteile, die sich aus einem dort bestehenden so hohen Überzoll ergeben, mit einem Strafzoll belegt oder durch ein Einfuhrverbot ausgeschlossen werden. Als Termin für das Inkrafttreten des Vertrags, der auf fünf Jahre fest abgeschlossen wird, ist die spätere Zeit aber von Jahr zu Jahr ländbar sein, sofern der 1. September 1903 festgesetzt. Bleibt die Ratifikation Italiens, Spaniens oder Schwedens aus, so soll dies das Zustandekommen des Vertrags unter den übrigen Staaten keinen Einfluß üben.

Der Vertrag bedarf noch der Bestätigung durch die einzelnen Parlamente.

**Die Thronfolge im Herzogtum Braunschweig.** Wie das Korrespondenzbüro Schaffer zuverlässig erachtet, hat das braunschweigische Staatsministerium den Landtagsabgeordneten eine Denkschrift über die rechtliche Stellung der Regierung auf Grund des Regierungsgesetzes zugehen lassen. In der Denkschrift stellt sich die Regierung auf die Aussöhnung der Centralgewalt. (Beschluß des Bundesrates vom 2. Juli 1885.) Dieser Beschluß richtet sich nicht etwa gegen die Aufhebung der Regierung des Herzogs von Cumberland, sondern gegen dessen Regierung als solche, die sie von ihm persönlich oder dessen Regenten getragen wird. Grundätzlich ausgeschlossen sei daher jede Regierung im Namen des Herzogs von Cumberland, die die Regierungsgewalt ausüben würde. Auch für den Fall, daß der Herzog von Cumberland sterben würde und Prinz Georg Wilhelm als erbberechtigter Thronfolger dessen Stelle einnehmen sollte, sei die Annahme eines Thronwechsels ausgeschlossen.

Unterstützt durch das vorausgesehene Ereignis, bestehet die Regierung fort, weil sie nicht den Namen des Herzogs von Cumberland trägt.

**Ein Korruptionsprozeß.** Die Privatklage des Berliner Stadtverordneten Leopold Jacobi gegen den Schriftsteller Georg Bernhard und den Stadtressidenten Hermann Lewinski wurde am Donnerstag vor dem Berliner Schöffengericht verhandelt. Es handelt sich um einen in der Welt am Montag am 7. Oktober 1901 unter dem Titel "Gemeindeunsinn" erschienenen und mit Michael unterzeichneten Artikel, als dessen Verfasser sich der Anklage Bernhard bekannt hat. Aufklärend an den Tod des Stadt. Kloefeld und die über den Verstorbenen umlaufenden Gerüchte, erinnerte der Artikel an Gerüchte, die über einen andern Stadtverordneten, j. B. im Schwange gewesen seien. Der Name des Stadtverordneten war zunächst nicht genannt, die Persönlichkeit war aber so deutlich gekennzeichnet, daß jeder den Stadtverordneten Jacobi erkennen mußte. Als j. B. umlaufendes Gericht wurde u. a. mitgeteilt, daß er einen Betrag durch Geld wieder umgeschenkt habe und daß bei diesem Sündenbegräbnis zwei Rechtsanwälte, die Namen von gutem Rang tragen, thätig gewesen seien. Das Gericht habe ihn seiner mit Bucherer in Verbindung gebracht und behauptet, in einem Spezialfall seien einem kleinen Schneidermeister Wechselfahrtshilfe über mehrere Tausend Mark diskontiert worden gegen Herausgabe minderwertiger Ware. Dieser Mann habe durch sein Geld und seine Verwandtschaft in der Stadtverwaltung hinter den Coulissen einen ganz bedeutenden Einfluss aus, er verschaffe dem kapitalistischen Einfluss im Stadtparlament Wettung; er habe am schärfsten die Verstadtschaltung der Berliner Kleinstädter belämpft und die Stange der Berliner

Stadtverwaltung gehalten, dann aber infolge ganz eigenständiger verbandstaatlicher Verhältnisse sich veranlaßt gefehlt, plötzlich für die Verstadtschaltung der Siemens und Halske-Bahn aufs wärmste einzutreten. Dies der ungewöhnliche Inhalt des Artikels, der den Stadtv. Jacobi zur Erhebung der Privatklage veranlaßt hat, nachdem der Staatsanwalt den Auftrag, öffentliche Klage zu erheben, abgelehnt hatte. Dem neben dem Verfasser mitangestellten Lewinski wird zur Last gelegt, daß er mit dem Artikel, der, wie gesagt, keinen Namen enthielt, bei der Rundschau des Privatlägers umhergelaufen sei, ihn gezeigt und überall beworben habe, daß zweifellos Herr Jacobi gemeint sei.

Wegen Ausbleibens wichtiger Zeugen müsse die Verhandlung vertagt werden, ehe sie noch ein Bild von der Berechtigung der erhobenen Anschuldigungen hätte geben können.

**Ein Nachspiel zum Prozeß Stielencron.** Aus Kiel wird uns unter dem 5. März geschrieben: Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatte sich heute der verantwortliche Redakteur der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung, Genosse A. Weber, wegen Beleidigung des Kriegsgerichts der 31. Division, das im August v. J. den Baron Stielencron von der Auflage des Totschlags freigesprochen hatte, zu verantworten. Unser Kielner Parteidrucke hatte seiner Zeit, wie die gesamte unabhängige deutsche Presse, den überwiegenden Spruch, der, wie man sich erinnern wird, die öffentliche Meinung aufs äußerste beunruhigt hatte, einer scharfen, aber sachlichen Kritik unterzogen. Die verbliebenen Momente dieser Freisprechung — die Verlegung des Termins nach dem Gütekodex des Angestellten, die „standesgemäße“ Behandlung des Angestellten seitens des Gerichtshofes, die einseitige Wertung der Entlastungszeugen, die sämtlich von Stielencron abhängig hinschaffen waren, gegenüber der Nichtbeachtung der zehn Entlastungszeugen, sowie der drei wissenschaftlichen Gutachten, die übereinstimmend nachwiesen, daß der tödliche Schuß den Italiener in den Rücken getroffen habe, also unmöglich in Notwehr abgegeben worden sein könnte — hatte der Artikel der Volkszeitung auf eine objektive Besangenheit der Militärgerichts zurückgeführt und diese Auffassung aus dem Wesen des Militarismus und dem Willen der Richter zu begründen versucht. In der heutigen Verhandlung wurde das Urteil des Civilgerichts in Tabern verlesen, das in einer Entschädigungsfrage der Hinterbliebenen des getöteten Italiener festgestellt hat, daß Stielencron die berechtigte Notwehr fahrlässig überschritten habe. Ferner gelangte das schriftliche Urteil des Kriegsgerichts selbst in der Beweisaufnahme zur Verlesung. Durch dasselbe fand der Gedankengang des intrümmerierten Artikels in seinen sprühenden Punkten eine derartig überraschende Bestätigung, daß der Verteidiger, selbst ein Hauptmann der Reserve, konstateren konnte, der Artikel schreibe habe den Nagel so sicher auf den Kopf getroffen, als ob ihm das ausgesetzte schriftliche Urteil vorgelegen hätte. Aus dem Tenor dieses Urteils ging nämlich hervor, daß das Gericht die Zurückweisung der drei Sachverständigen-Gutachten im wesentlichen auf die diesen entgegenstehende Darstellung des Angestellten geprägt habe. Desgleichen wurde der Verdacht, als ob Stielencron seine leichte Armut, mit der er die Notwehr zu rechtfertigen suchte, sich selbst beigebracht habe, wörtlich damit zurückgewiesen, daß Stielencron, „wenn er auch mit rücksichtsloser Willensstärke Eingriffe in seine Rechte abwehrt hätte, doch zu vornehm denke, als daß er zu einer so jämmerlichen Komödie sich herablassen würde“. Auch die belastenden Angaben der Kameraden des Getöteten wurden an einer entscheidenden Stelle des Urteils durch die „bestimmten Aussagen des Angeklagten“ für widerlegt erklärt, wie denn das Urteil keinen Anstand nahm, „festzustellen“, daß diese Arbeiter „das Opfer einer inneren Beeinflussung eines gewissen Teiles der Presse“ geworden seien. Der Angeklagte wie der Verteidiger wußten diese Ausführungen des kriegsgerichtlichen Urteiles selbst zur Begründung der intrümmerierten Behauptung, daß das Kriegsgericht in Stielencron in erster Linie den Standesgenossen erblickt und seine Kavaliersparole den Zengenaussagen und den Sachverständigen-Gutachten vorgezogen habe, wirkungsvoll zu verwerten. Das Urteil wird am 12. d. M. verkündet werden.

**Bei den Stadtverordnetenwahlen in Bremerhaven** gelang es unseren Genossen, die bisherigen drei Mandate zu behaupten und mit 531—542 sozialistischen gegen 337—353 bürgerlichen Stimmen zwei neue Sitze zu gewinnen! Dadurch gelangten ein Drittel aller Mandate, nämlich alle zehn der dritten Klasse, in den Besitz der Sozialdemokratie. Vor zwei Jahren hatten wir 418—432, die Gegner 262 Stimmen. Bei der heutigen Wahl haben von 1424 Wahlberechtigten 898 ihr Wahlrecht ausgeübt. m. Ans Elsass-Lothringen, 6. März. Über den aufsehenerregenden Fall der Erschiebung eines entspringenen Kreuztanten durch einen Gendarmen in Nosteg (Kreis Habern) teilt jetzt die Straßburger Korrespondenz, nachdem die Affäre in der Presse bereits erörtert worden ist, diese amtlichen Feststellungen mit: Der Gendarm Schwerdfeger von Wingen verhaftete am 27. Februar auf Grund einer Revision des Amtsgerichts Lübeckstein den 40-jährigen Spengler und Korbacher Franz Fuhrmann in seiner Wohnung in Nosteg, um ihn zur Verbüßung einer zweitägigen Haftstrafe in das Amtsgefängnis Lübeckstein einzuführen. Vor Antritt des Transportes erklärte der Gendarm dem Verhafteten, daß er gegen ihn im Falle eines Fluchtversuchs von seiner Waffe Gebrauch machen müsse. Fuhrmann erwiderte, daß er wegen der zwei Tage nicht davonslaufen würde. Etwa einen Kilometer von Nosteg sprang indessen Fuhrmann mit einem Schuß in den Wald und rannte einen steilen Abhang hinunter, während der Gendarm, der sofort die Verfolgung aufnahm, auf dem gefrorenen Boden des steilen Abhangs zu Fall kam. Fuhrmann lief nach Nosteg, der Gendarm folgte ihm und sah den Fuhrmann von seiner Wohnung wieder in den Wald laufen; der Gendarm eilte ihm dorthin nach und rief ihm wiederholte zu: „Halt, oder ich schieße!“ Als der Gendarm wahrnahm, daß der Vorsprung des Fuhrmanns größer wurde, gab er auf eine Entfernung von über 50 Schritte einen Schuß aus seinem Revolver in der Richtung auf Fuhrmann ab, der diesen tödlich traf. Die militärische Untersuchung ist eingeleitet.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß im Falle der Bestätigung dieser vorläufigen amtlichen Ermittlungen gegen den schußfertigen Gendarmen in keiner Weise vorgegangen werden wird. Er hat ja nur seine Schießinstruktion befolgt! Und doch liegt eine empörende Barbarität darin, daß ein Mann, der vielleicht wegen Holzfrevels, begangen zum Erhalt seiner Familie, zwei Tage Haft verbüßen soll, bei einem Seitensprung in den Wald wie ein toller Hund niedergeschossen werden kann. Der Schuß hinterläßt eine Witwe und mehrere kleine Kinder in ärmlichsten Verhältnissen. Diese Familie ohne Erwachsenen bildet eine furchtbare Anklage gegen die Brutalität des Polizeistaates.

**kleine politische Nachrichten.** Der elsass-lothringische Landesausschuss hat die erste Rate in Höhe von 1200 000 Mk. für den Ausbau der Rheinregulierung bewilligt unter der Voraussetzung,

dass die Stadt Straßburg 700 000 Mk. in zehn Jahresraten zu 70 000 Mk. zu den Kosten beisteuert. — Aus Konstantinopel wird gemeldet, mehrere Offiziere, unter ihnen Schair Pascha, Bruder des verstorbenen Großvaters Oschewad Pascha, und Nazim Pascha, Schwiegerohn des verstorbenen Großvaters Ali Pascha, seien verhaftet und einem Verhör unterworfen worden. Die Verhaftungen sollen auf Anzeige des Chefs des Spionagedienstes, Schmi Pascha, erfolgt sein.

### Belgien.

Für das allgemeine gleiche Wahlrecht.

Brüssel, 6. März. Von einer Versammlung, in der mehrere liberale und sozialistische Deputierte das Wort ergreifen, wurde ein Telegramm an den König gesandt, in dem es heißt: 2500 Arbeiter und Bürger machen den König auf den Ernst der Kundgebungen aufmerksam, die zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts stattfinden, und fordern ihn auf, seine Macht in dem Sinne zu beibehalten, daß eine Übung der Wahlrechte schließlich auf friedlichem Wege herbeigeführt werde. Nach der Versammlung schlossen sich die Teilnehmer zu einem großen Zuge zusammen und zogen durch die Hauptstraßen.

### Frankreich.

Der Poststat.

ac. Paris, 6. März. In der Kammer wurde in den letzten zwei Tagen über das Budget der Post und Telegraphie verhandelt. Sembat (revolutionärer Sozialist) als Berichterstatter erkannte freimüdig an, daß Millerand in seinem Projekt dankenswerte Reformen eingeführt habe; er verlangt aber eine Reform, die sich sofort einführen ließe, nämlich die Schließung der Postbüros von Sonntag mittag an. Der Unterstaatssekretär verspricht, daß eine diesbezügliche Bestimmung bereits in den nächsten Tagen erlassen werde. Sévaès (Guesdist) erachtet die Regierung, ein Gesetz vorzulegen, nach welchem sämtlichen Angestellten der Post ein wöchentlicher Ruhestand garantiert wird. Ähnlich ist bekanntlich der wöchentliche Ruhestand für die Postbeamten in einigen großen Centren zur Einführung gelangt. Sévaès wünscht, daß diese Bestimmung auf alle Postämter ausgedehnt werde. Millerand antwortet, der Staat habe zweifellos die Aufgabe, den Privatbetrieben mit gutem Beispiel voranzugehen. Es bedürfe auch gar keiner besonderen Gesetzes. Der Staat habe das Recht und die Pflicht, die Arbeitsbedingungen seiner Angestellten nach Möglichkeit zu verbessern, es sei dies lediglich eine finanzielle Frage, die Regierung werde einige Millionen kosten. Es wurde hieraus die Resolution Sévaës angenommen.

### Der Kongress zu Tours.

(1) Tours, 4. März.

Zweiter Verhandlungstag.

Nachmittagssitzung 2½, Uhr.

Vorsitz: Abg. Viviani, Camille, Telson, Fr. Saumoneau. Orry berichtet ausführlich namens der Preßkommission des Generalkomitees über die Vorarbeiten zur Ausführung des Lyoner Beschlusses, betreffend Schaffung eines täglichen Parteidienstes. Ein bei der auswärtigen sozialistischen Presse angestellte Umfrage hat ergeben, daß bei den beliebtesten Ansprüchen fürs erste Jahr 500 000 Franken erforderlich wären, darunter 50 000 Franken für das Lancieren der Zeitung. Diese Summe läßt sich aber nicht beschaffen. Die Konsumgenossenschaften sind zu egoistisch, um eine große Summe zu riskieren. Eine Geldsammlung müßte mehrere Jahre dauern, ohne nennenswerte Resultate zu ergeben. Was in Deutschland, in Belgien und Dänemark möglich ist, ist in Frankreich unmöglich: die französischen Proletarier sind zu träge und wenig zielbewußt. Zum Schlusß schlägt Orry vor, doch eine Geldsammlung zu beschließen.

Bagnol betont die zweckhaften Resultate einer Geldsammlung und beantragt, irgend eine genossenschaftliche Kombination zu veruchen.

Gérault-Richard, Chefredakteur der Petits République, meint, Orry habe noch nicht alle Schwierigkeiten berücksichtigt, die Ausgaben seien von ihm zu niedrig angesetzt. Man müßte sofort eine Million Franken zur Verfügung haben, um eine Tageszeitung gründen zu können. Es wäre daher geraten, ein monatliches oder wöchentliches Organ in Erwägung zu ziehen, das wenigstens ein Band zwischen den Föderationen herstellt und diese mehr als bisher dem Generalkomitee nähern würde.

Fr. Renaud appelliert an das sozialistische Gewissen: Es sei schändlich, daß die Partei bisher kein Organ habe. Wenn das unmöglich, wie würden Sie also die sozialistische Gesellschaft einrichten können? Sobald man auf das Organ zu sprechen komme, werde alles Eis. Man habe von freigebigen Millionären gesprochen: nein, ein sozialistisches Blatt müßte von sozialistischen Sous gegründet werden!

Es werden noch weitere Vorschläge gemacht. Schließlich wird beschlossen, ein periodisches Organ ohne nähere Bestimmung der Periodizität zu schaffen und die verschiedenen Vorschläge über die Mittel und Wege dem Generalkomitee zu überweisen.

Bericht der Kammerfraktion.

Den gebrückt vorliegenden Bericht verliest der Abg. Devuze. Er beginnt mit der Spaltung der Fraktion im Gefolge des Lyoner Kongresses. Es sind 14 Abgeordnete ausgetreten, von denen Breton wieder der Fraktion beitrat (nachdem er mit seinen Anhängern aus der blankettistischen Föderation von Cher ausgetreten war), während Bénzech unabhängig blieb. Seither ist der neuwählte Abg. Bouvier-Moncaur der neuen „revolutionär-sozialistischen Fraktion“ beigetreten, so daß diese jetzt 13 Mitglieder zählt und die alte Fraktion 30. In der letzteren sitzen nach wie vor die altemalischen Deputierten Allemagne und Renon, trotz des neulichen Austritts der Altemalisten aus der Partei.

Der Hauptinhalt des Berichts gilt der Rechtfertigung der parlamentarischen Haltung der Fraktion unter polemischen Aussäßen gegen die antimilitärische Fraktion. An theoretischen Gründen findet man im Bericht ganz konfus Phrasen über den Zusammenhang zwischen Republik und Sozialismus unter Verweisung auf Victor Hugo. Es wird auch hingewiesen auf die „von der republikanischen Partei gegebenen Reformen“. Ferner wird die indifferente Haltung der meisten Deputierten in Bezug auf die Agitation gerechtfertigt. Zum Schlusß wird das „lichtvolle Bild“ des Berichts doch durch „eine Schatten“ verdunkelt. Der Bericht sieht nämlich eine Kleinigkeit: „Der beste Zusammenhang der Mitglieder, der Geist der Disciplin, der eine politische Macht stafft.“ Trotz der „herzlichen“ Beziehungen unter den Mitgliedern, die der Bericht eingangs hervorhebt, haben die Abgeordneten nach und nach sich vollständig den Besuch der Fraktionsversammlungen abgewöhnt. Daher die zerfahrenen Abstimmungen der Abgeordneten, die bekanntlich fast regelmäßig in allen wichtigeren Fragen auf dreifache Weise votieren: für, gegen und Enthaltung. Der Bericht meint freilich, daß von Prinzipienfragen abgesehen, jedem Abgeordneten eine gewisse Bewegungsfreiheit gelassen werden müsse zur Befriedigung von individuellen Temperaturen oder sozialen Interessen“. Der Bericht versteht sogar aus der Bunttheit der Abstimmungen ein Argument gegen die „revolutionär-sozialistische Fraktion“ zu ziehen: wo zu die Schaffung einer neuen Fraktion, die noch innerhalb derselben Fraktion sich frei bewegen könne? Zu übrigen vertröstet der Bericht auf die Zukunft, auf die neue nach den Kammerwahlen zu organisierende Fraktion, in Bezug auf die

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Hierzu zwei Beilagen und die Romanbeilage.

# Leipzigs grösstes und billigstes

# Gebrüder Rockmann

Jah.: Gottfr. Hühne

Centrale: L.-Reudnitz  
Dresdener Str. 75, parterre,  
I. u. II. Etage.  
Straßen-Haltestelle: Reudnitzer Depot.  
Fernsprecher: Nr. 4202.

Herren-Rock- u. Gehrock-Anzüge  
von Mt. 10.— bis 48.—  
Eleg. Neuheiten in farbigen Rock-  
Anzügen von Mt. 25.— bis 46.—  
Radfahrer-Anzüge von Mt. 8½, bis 26.—

Bayer. u. Tiroler Loden-Artikel  
garantiert imprägiert wasserfest.  
Havelocks v. 7½, Joppen v. 23½ Mt. an.  
Neuheit! „Spessart-Pelerinen-Rad“ 12.— Mt.

Beinkleider  
in apartesten Neuheiten  
von Mt. 2½ bis 13.—

Westen  
in Piqué und Seide  
von Mt. 2½ bis 12.—

Leipzig  
Tauchaer Str. 1, Ecke Gartenstr.  
direkt neben dem Kristallpalast.

Neuheiten  
in Herren-  
Jackett-Anzügen  
in den feinsten schwarzen u.  
grauen, schwarzen u.  
blauen Farben u.  
hochelgante  
v. Mt. 10½ bis 22.—  
v. Mt. 24.— bis 42.—

Special-Abtellung:  
Anzüge, Paletots und Blusfelder ic. für extra torpulente und  
für schlante Herren in bedenklicher Auswahl.

L.-Schönefeld  
Leipziger Str. 127, vis-à-vis der  
Farbensfabrik von Berger u. Wirth.

Neuheiten  
in Sommer-Paletots  
von Mt. 7½, bis 24.—  
hochelgante  
von Mt. 25.— bis 39.—  
Engl. Sport-Paletots  
und Raglans  
von Mt. 16½ bis 36.—  
Gummi-Paletots  
u. Raglans.

Neuheiten  
in eleganten farbigen  
Herren-  
Jackett-Anzügen  
von Mt. 12.— bis 25.—  
hochelgante  
von Mt. 26.— bis 39.—  
Strengh. moderne  
Raglans.

Leipzig  
Zeitzer Strasse 24a, Ecke  
Sidonienstrasse.  
(Inhaber: Bruno Hildebrandt.)  
Fernsprecher: Nr. 3428.

Konfirmanden-Anzüge  
in enormer Auswahl u. den neuesten  
Stoffen von Mt. 9½ bis 27.—  
Konfirmanden-Hüte v. Mt. 1.25 an.

Radfahrerhosen v. Mt. 3½ an. Sweaters.

Reizende Neuheiten in Knaben-Anzügen  
von den apartest. Gentles bis zu den einfachsten. Fascons.  
Zur Schulprüfung! Überreich. große Auswahl  
zu denbar billige Preisen.

Arbeiter-Garderoben für jeden Beruf!  
zu den billigsten Fabrikpreisen.  
Arbeitskleidung für eintretende Lehrlinge.

Aufbettigung nach Mass:

Anzüge nach Maß . . . . . von 45 bis 65 Mt.  
Sommerberleicher nach Maß . . . . . 35 bis 48 Mt.  
Blusfelder nach Maß . . . . . 12 bis 18 Mt.

Anzüge nach Maß . . . . . von 24 bis 42 Mt.  
Sommerberleicher nach Maß . . . . . 17 bis 36 Mt.  
Blusfelder nach Maß . . . . . 5½ bis 13 Mt.

Unbedingte Garantie  
des Gutes!

Wir machen höflichst darauf aufmerksam, daß unsere Filiale „Schönefeld“ auch Sonntags von 11—2 Uhr geöffnet ist.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfs-  
arbeiter u. Arbeiterinnen  
(Einzelmitglieder Markranstädt).

Sonntag den 9. März  
Drittes Stiftungs-Fest  
Anfang 7 Uhr. im Saale des Stadtgarten. Ende 1 Uhr.

Nationale Krankenkasse  
der deutschen Gold- und Silberarbeiter und ver-  
wandter Berufsgenossen, E. H. (Zahlstelle Leipzig).  
Sonnabend den 8. März  
in der Grünen Schänke, Leipzig-Änger  
Humoristische Abendunterhaltung mit Ball  
zum Besten der Unterhaltungskasse für ausgesteuerte Mitglieder  
ausgeführt von Lausigengel Leipzig Sängern und der Musikkvereinigung.  
Programme sind im Vorverkauf bei den Mitgliedern der Ortsverwaltung  
und am Büffet der Grünen Schänke zu haben. [2102]

Maler und Lackierer.

Sonntag den 9. März  
10jähriges Stiftungs-Fest  
der Zahlstelle Leipzig

in sämtlichen Räumen des Albertgartens, L.-Änger  
verbunden mit  
Ansstellung, Konzert, humoristischen Vorträgen und BALL.  
Programme im Vorverkauf 15 Pf., an der Kasse 25 Pf.  
Einlass 3 Uhr. — Anfang 4 Uhr.  
Eröffnung der Ausstellung vormittags 10 Uhr. — Eintritt frei.  
Einen regen Besuch erwarten

Das Komitee.

N.B. Die arbeitslosen Kollegen haben Programm und  
Länder frei. [1938]

Konkursmasse - Ausverkauf.

Die grossen Warenbestände der S. Josephschen Konkursmasse in Plagwitz, bestehend in Herren-, Knaben- u. Arbeiter-Garderobe sowie Stoffen u. Schnäppchen, gelangen Wochenags in L.-Plagwitz, Zschochersche Strasse 53, im Laden, zu den von mir festgesetzten billigen Preisen zum Ausverkauf.  
Paul Gottschalk, Konkursverwalter.

  
**FAHRRÄDER**  
 benötigt lasse sich unserm  
**PRAGHTKATALOG** kommen.  
**PREISE** staunend **BILLIG**.  
**A. KLARNER, LEIPZIG** EISENSTR. 12.

Prima Lanzdeien 6.50 Mt., Prima  
Luftschläuche 5 Mt. Reparaturen an  
Fahrrädern schnell und billig.  
Kurprinzstr. 16.

Fahrrad.  
Lanzdeien 6.50, 8.50, 11.50  
Luftschläuche 5 4.50, 6.50.  
Sommerlatte. Pfaffendorfer Str. 13.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Eger in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

## Zeitgemäß.

Den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung tragend, habe ich mich entschlossen, um außergewöhnliche Vorteile zu bieten.

Sonnabend den 8. und Montag den 10. März  
billige Ausnahmetage auch in meinem 2. Geschäft

Eisenbahnstr. 136, Ecke Torgauer Str.

zu veranstalten und zwar werden nur an diesen beiden Tagen die Waren  
zu annähernden Einkaufspreisen abgegeben.

### Wichtig für Händler.

Strickgarne: Perlwolle, 10 Gebind 29 Pf., Zoll-Pfund 1.65 Mt.  
schwarze L. gedrehte Eiderwolle, 10 " 30 " 1.75 "  
Prima super Wolle 10 " 33 " 1.95 "  
Sämtliche Artikel zur Schneiderei, Korsetts, Unterzunge, Wäsche,  
Schürzen, Nöcke, Blusen, Schlippe, Konfirmationsfachen, Steinigung ic. ic.

Bernh. Salzmann.

Steigerwald &  
Kaiser

Königsplatz



in [2250]  
**Konfirmanden-Anzüge**  
**Cheviot u.**  
**Kammgarn**  
**12 Mk.** an.

von [2250]

# 1. Beilage zu Nr. 54 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, 7. März 1902.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Vergangenheit könne man nur sein Bedauern aussprechen. Von den standesäusseren Abstimmungen für die Begleichung der Chinas-Expeditionstruppen und die Barenkredite usw. schwieg der Bericht.

In der Debatte hat weder der Bericht noch die Haltung der Fraktion die erforderliche principielle Kritik gefunden, obwohl manches scharfe Wort gefallen ist.

Denonmand, der zu den Antiministerialisten zählt, meinte, der Bericht wäre „unparteiisch“ gehalten. Aber welche Bürgschaft hätten wir für die Zukunft? Die Agitationstätigkeit der Abgeordneten sei nicht so aktiv gewesen, wie es der Bericht darstellt. Gewisse Abgeordnete seien „nichts als ministeriell“ und kümmerten sich nur um ihren Wahlkreis. Nedner bedauert, daß der Bericht die andere Fraktion als „Revolutionäre“ bezeichnete. Wären wir denn keine Revolutionäre?! Die Fraktion habe den großen Fehler begangen, solche Mittelbeilebens aufzunehmen, wie Jourde de Bourdeau, der stets ministeriell stimme, ohne sich um die Interessen des Proletariats zu kümmern. Es sei eine Schande, daß Jourde stets für die Interessen der „nationalen Arme“ eintrete, für Schaffung neuer militärischer Ordenszeichen sich ins Zeug lege und vergleiche. Ein Bourgeoisabgeordneter würde es nicht wagen, so zu handeln. „(Unruhe). Und ich meine nicht nur Jourde, sondern noch andere.“ Jetzt versteht Nedner, warum die Provinzgruppen nie eine Antwort auf ihre Gesuche um Nedner erhalten hätten, da ja die Fraktion seine Abstimmungen abholt.

Kostusko macht bekannt, daß ein Kriegsverein, dessen Ehrenpräsident Jourde, eine Geldsammlung veranstaltet hat, um dem Baren einen Ehrengegen zu präsentieren. Könnte Jourde nun noch Fraktionsmitglied bleiben?

Thizon beschwerte sich namens der Agitationskommission des Generalkomitees über die Lässigkeit der Abgeordneten in Bezug auf die Agitation. Die Beziehungen zwischen Komitee und Fraktion müßten statutarisch geregelt werden. Der Fraktionsbericht wolle nicht die „guten Absichten“ verdächtigen, aber in der Fraktion gebe es Abgeordnete, die keiner sozialistischen Organisation angehörten, es fehle also jede Handhabung ihnen gegenüber.

François Rénaut kritisierte die Ausführungen des Berichts über die Hormone zwischen Sozialismus und Republik. Die Harmonie gäbe nur für die soziale Republik. Man solle den Sozialismus nicht, wie gestern geschehen, auf die Menschenrechte von 1789 zurückführen. Die Deputierten brauchten nicht Nedner zu sein, um den Sozialismus propagieren zu können.

Ein Delegierter aus Bordeaux teilt mit, daß die dortige Föderation Jourde über sein Votum für das Kriegs- und Kolonialbudget befragt habe. Bisher habe Jourde noch nicht geantwortet. Die Föderation habe beschlossen, Jourdes Kandidatur nur dann anzuerkennen, wenn er sich verpflichtet, gegen das Kriegsbudget usw. zu stimmen.

Weitere drei Nedner ladein das Votum der sechs Abgeordneten für die Begleichung der Chinatruppen. Niemand aber erwähnte das Votum für die Barenkredite.

Devize bemerkte in seinem Fazit und nicht sagenden Schlussswort, daß es keine Mittel gebe, gewisse Abgeordnete aus der Fraktion auszuschließen. Mäde der Kongreß eine Regel aufstellen.

Der Kongreß billigt den Fraktionsbericht unter „gewissen Vorbehalt“, da nämlich in einer späteren Sitzung Einzelfälle noch zur Sprache kommen sollen.

Die Programmkommission ist mit ihren Arbeiten noch nicht fertig. Man schlägt daher die Sitzung, nachdem die Seine-Föderation, in der stets Abberatungen auf der Tagesordnung sind, ermächtigt worden, sich so zu organisieren, wie jede andere Föderation.

Schluss der Sitzung 5%, Uhr nachmittags.

Tours, 4. März.

(Abendstunde 9 Uhr.)

Jaurès, Berichterstatter der Programmkommission, verliest den von der Kommission einstimmig angenommenen Entwurf der nachfolgenden

Principielerklärung.

Der Sozialismus geht zugleich hervor aus der Bewegung der Demokratie und den neuen Formen der Produktion. — Historisch betrachtet, haben die Proletarier gleich im Beginn der französischen Revolution eingesehen, daß die Erklärung der Menschenrechte illusorisch bliebe ohne eine soziale Umgestaltung des Eigentums. In der That, wie könnten Freiheit, Eigentum und Sicherheit jedermann garantirt werden in einer Gesellschaft, in der die besten unter den Arbeitern nichts als ihre Hände bestehen und gezwungen sind, ihre Arbeitskraft der bestehenden Minderheit zu verkaufen, um leben zu können? So hat denn unser großer Vater, um auf alle Bürger die in der Erklärung der Menschenrechte eingeführten Garantien anzubehalten, das Eigentum als eine Garantie des allgemeinen Glücks verlangt. Für die führenden Proletarier war der Kommunismus der höchste, der oberste Ausdruck der Revolution.

Sowohl den aus der revolutionären Bewegung hervorgegangenen politischen Regime und dem ökonomischen Regime der Gesellschaft besteht ein unerträglicher Widerspruch. Auf dem politischen Gebiet wird die Demokratie durchgeführt, alle Bürger beteiligen sich

wenigstens de jure an der Souveränität; das allgemeine Wahlrecht ist der Kommunismus der politischen Macht. Auf dem ökonomischen Gebiet ist dagegen eine Minderheit souverän. Die Oligarchie des Kapitals ist es, die besitzt, leitet, verwaltet, ausbeutet. Als Bürger sind die Proletarier für läufig erachtet, die Milliarde des nationalen und kommunalen Budgets zu verwalten. Als Arbeiter in der Werkstatt sind sie weiter nichts als eine passive Menge, die an der Leitung der Unternehmungen keinen Anteil hat; sie erleiden die Herrschaft einer Klasse, die eine fortan nüchtern und willkürliche verlängerte Vorwürfschaft sie teuer bezahlen läßt. Das unübersehbare Streben der Proletarier ist daher, die auf politischem Gebiet teilweise verwirklichte Demokratie ins ökonomische Gebiet zu übertragen. Wie alle Bürger die politische Macht demokratisch, gemeinschaftlich besitzen und handhaben, ebenso gemeinschaftlich müssen sie die ökonomische Macht und die Produktionsmittel besitzen und handhaben.

Sie müssen selbst die Arbeitsvorsteher in den Werkstätten erkennen, wie sie die Regierungsherrschaft im Staate erkennen, und denselben, die probuzieren, und der Allgemeinheit den ganzen Arbeitsertrag reservieren.

Diese Tendenz der politischen Demokratie, sich zu einer sozialen Demokratie auszuweiten, ist durch die ganze ökonomische Entwicklung gestärkt und präzisiert worden. In dem Maße, wie das kapitalistische Regime seine Wirkungen entwickelt, kam das Proletariat zum Bewußtsein des unverhältnislichen Gegenseitens (Opposition) zwischen seinen wesentlichen Interessen und den Interessen der sozial herrschenden Klasse und setzte es der Bourgeoisie Form der Demokratie immer mehr und mehr die vollständige und tiefere kommunistische Demokratie entgegen.

Jede Hoffnung auf die Verallgemeinerung des Eigentums und der Unabhängigkeit durch die Vermehrung der selbständigen kleinen Produzenten ist verschwunden. Die Großindustrie wird immer mehr das Gepräge der modernen Produktion. Dank der Erweiterung des Weltmarktes, der wachsenden Erleichterung des Verkehrs, der Arbeitszeitung, der wachsenden Anwendung der Maschinen, der Konzentration der Kapitalien werden die kleinen und mittleren Produzenten nach und nach von der konzentrierten unermesslichen Produktion rückt oder ihr untergeordnet. Selbst dort, wo die Zahl der kleinen Industriellen, der kleinen Händler, der kleinen bürgerlichen Eigentümer sich nicht vermindernt, geht ihre relative Bedeutung unaufhörlich zurück. Sie geraten in Abhängigkeit vom großen Kapital. Selbst die bürgerlichen Eigentümer, die ein wenig Selbständigkeit beibehalten zu haben scheinen, sind immer mehr den erdrückenden Kräften des Weltmarktes ausgeliefert, die ohne sie und gegen sie vom Kapitalismus gehandhabt werden.

Bei dem Verlauf ihres Streites, ihres Weines, ihrer Butterküche, ihrer Milch sind sie immer mehr der Willkür der großen Zwischenhändler, der großen Industrien des Metalls, des Autors und des Alkohols ausgeliefert, die die bürgerliche Arbeit befreien und berauben. Die industriellen Proletarier, die beinahe jede Aussicht verloren haben, sich individuell zum Unternehmertum einzuhüben und so zu einer ewigen Abhängigkeit verurteilt sind, sind außerdem den unaufhörlichen Arbeitslosigkeits- und Elendsketten unterworfen, die durch die regellose Konkurrenz der großen kapitalistischen Kräfte entstellt werden.

Der unermäßliche Fortschritt der Produktion und des Reichtums, in großem Maße von den parasitären Klassen usurpiert, hat den Arbeitern, den Proletariern keinen gleichwertigen Fortschritt des Wohlstands und der Sicherheit gebracht. Ganze Kategorien von Lohnarbeitern werden plötzlich ins äußerste Elend geschleudert dank der fortwährenden Erneuerung der Arbeitsmittel (Continguo), sowie dem Ortswechsel und den Umgestaltungen der Industrie.

Der Kapitalismus selbst gesteht die Unordnung des gegenwärtigen Regimes der Produktion ein, indem er versucht, durch kapitalistische Syndikate und Trusts sie zu seinem Vorteil zu regeln. In der That, selbst wenn es ihm gelänge, alle Produktionsträte zu zügeln, so mir dadurch, daß er die Herrschaft und das Monopol des Kapitals bis zum höchsten Grade steigern würde.

Es gibt nur ein Mittel, die Ordnung und den freien Fortschritt der Produktion, die Freiheit aller Einzelnen und den wachsenden Wohlstand aller Arbeitnehmer zu sichern, — das ist die Übertragung des Eigentums der kapitalistischen Produktionsmittel an die Kollektivität, die soziale Gemeinschaft.

Das Proletariat, fortwährend an Zahl zunehmend, durch die große Industrie selbst für eine Gesamtaktion immer besser vorbereitet, begreift, daß der Kollektivismus oder Kommunismus für ihn das notwendige Mittel ist. Es sieht sich entgegen (s'oppose) als unterdrückte und ausgebeutete Klasse allen Kräften der Unterdrückung und Ausbeutung, jedem Eigentumsystem, das es zu einem bloßen Werkzeug herabwirkt. Es erwartet seine Befreiung nicht vom guten Willen der Obrigkeit oder von der spontanen Großmutter der bestehenden Klassen, sondern von dem stetigen, methodischen Druck, den es auf die Privilegierten und die öffentliche Macht ausübt. Es sieht sich zum Endziel nicht eine teilweise Besserung, sondern die vollständige Umgestaltung der Gesellschaft. Und da es sein Recht auf das kapitalistische Eigentum anerkennt, so fühlt es sich an daselbe durch keinen Vertrag gebunden. Es ist entschlossen, gegen daselbe gründlich und bis zu Ende zu kämpfen.

Mit derselben Bewilligungslausur: „unter der Bedingung, daß das Militär nicht in österreichischer Uniform erscheint“, wurde in den achtzig Jahren in Prag der Shakespeare'sche Macbeth von der Polizei freigegeben.

Ein neues Verfahren zur Erhaltung von Leichen. Abgesehen von der Rückicht auf die Gefühle der Angehörigen eines Verstorbenen kann es aus medizinischen und juristischen Gründen von bedeutendem Werthe sein, eine Leiche für lange Zeit in ihrem ursprünglichen Zustand erhalten zu können. Daher ist man seit langer Zeit, sogar schon, wie jeder weiß, seit dem großen Altertum her, auf die Auffindung von Mitteln bedacht gewesen, die diesen Zweck erreichen sollen. In ihrer größten Zahl jedoch sind die Verfahren zur Leichenerhaltung unvollkommen geblieben. Einen Mann hat es freilich gegeben, der die Konserverierung von Leichen zu einer vollendeten Kunst erhoben hatte, Dr. Manini in Neapel, der nach 40jährigem Studium ein Verfahren fand, einen Toten in einen Zustand zu versetzen, der das Bild eines ewigen Schlafs verlöpferte. Das Verfahren von Manini hat nur einen Fehler, es ist sehr schwierig und dementsprechend kostspielig, und wahrscheinlich ist seine Ausübung mit dem Tode des Einzelnen überhaupt verlorengegangen. Zuletzt berichtet ein österreichischer Regimentsarzt Dr. Brosch in der Wiener Medizinischen Wochenschrift, daß er seinerseits ein ganz neues Mittel gefunden habe, den gleichen Zweck in höchster Vollkommenheit zu erreichen. Es wird den Gefühlen der meisten Menschen, die nicht Verzag sind, widerstreben, sich über die Einzelheiten des Verfahrens genauer unterrichten zu lassen, und es sei daher nur erwähnt, daß eine vollständige und dauernde Konserverierung der Leiche erreicht wird, ohne daß am Körper von außen her auch nur das geringste Zeichen eines gewaltsamen Eingriffs bemerkbar wäre. Dr. Brosch führt einen Fall an, in dem eine Dame die Leiche ihrer Mutter auf ihren Wunsch selbst wusch und umkleidete und überhaupt nicht bemerkte, daß die Konserverierung vorgenommen war. Nach den Versuchen eines Jahres zu schließen, können derart behandelte menschliche Körper ohne jeden Schuh an freier Luft mehrere Monate lang aufbewahrt bleiben, ohne sich wesentlich zu verändern. In Lustdruck verschlossene Särgen halten sie sich vorzüglich für eine unbegrenzte Zeit unverändert. Dr. Brosch schlägt vor, bei einer Bestattung in Familiengräbern für solche Leichen gläserne Särge unter der Bedingung zuzulassen, daß die römischen Soldaten nicht die österreichische Uniform tragen.

In diesem Sinne ist das Proletariat eine revolutionäre Klasse und muß eine solche ebenfalls auch dann, wenn es die ihm von der Demokratie zur Verfügung gestellten geistlichen Mittel gebraucht.

Schon durch die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts, durch die Eroberung und Ausübung des Koalitions- und Vereinrechts, durch die ersten Arbeiterschutz- und sozialen Versicherungsgesetze hat das Proletariat begonnen, die unheilsamen Wirkungen des kapitalistischen Regimes zu bekämpfen. Es wird diese große und ununterbrochene Anstrengung fortsetzen, aber es wird den Kampf nicht eher aufgeben, bis das gesamte kapitalistische Eigentum durch die Gemeinschaft aufgezögert worden ist (resorbis) und bis der Klassengegensatz ein Ende genommen hat durch das Verschwinden der Klassen selbst, die in der gemeinschaftlichen Produktion und dem gemeinschaftlichen Eigentum wieder vereint oder vielmehr vereinheitlicht worden sind.

Wie sich die leichte Umgestaltung des kapitalistischen Regimes in ein kollektivistisches oder kommunistisches vollziehen wird? Den Menschengeist ist es unmöglich, im voraus die Art und Weise zu bestimmen, wie sich die Geschichte erfüllen wird. Die demokratische und Bourgeoisie Revolution, deren Ursprung in der großen Bewegung des Frankreich von 1789 liegt, hat sich in den einzelnen Ländern auf die verschiedenste Weise durchgesetzt. Das alte Feudalsystem ist bald der friedlichen und langsamem Entwicklung, bald der Gewalt gewichen. Die revolutionäre Bourgeoisie hat je nach Ort und Zeit bald die brutale Expropriation, bald den Rückfall der feudalen Lehnsrechte vorgenommen. Niemand vermögt zu wissen, auf welche Weise die kapitalistische Eigentumschaft (sorvitudo) aufgehoben werden wird.

Die Hauptaufgabe ist, daß das Proletariat stets zu einer immer kräftigeren und wahrhafteren Aktion bereit sei. Es wäre gefährlich, die Hypothese von revolutionären Ereignissen zu bestätigen, die entweder durch den Widerstand oder sogar durch einen verbrecherischen Angriff der Privilegierten hervorgerufen werden können. Es wäre unheilig, die Vertrauen auf das bloße Wort Revolution, die großen geistlichen Aktionskräfte zu vernachlässigen, über welche das organisierte und zielbewußte Proletariat in der Demokratie verfügt. Diese geistlichen Mittel, vielleicht durch eine Revolution erobert, stellen dar eine Anhäufung revolutionärer Kraft, ein Revolutionskapital, das nicht zu verwerten unsinnig wäre. Alles oft vernachlässigen es die Arbeiter, aus den Aktionsmitteln Nutzen zu ziehen, die ihnen von der Demokratie und der Republik zur Verfügung gestellt werden. Sie ziehen aus der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Aktion, aus dem allgemeinen Wahlrecht nicht all den Nutzen, den die Aktionen liefern können. Es gibt keine Formel und keinen Mechanismus, die die Arbeiterklasse der stetigen Organisations- und Erziehungsarbeiten entheben könnten.

Die Idee des Generalstreiks, der Generalstreiks wird den Proletariern durch den wachsenden Umfang der gewerkschaftlichen Organisation mit unübersehbarer Kraft eingegeben. Sie wünschen die Gewalt nicht, die oft genau die Folge einer mangelseligen Organisation und einer rudimentären Erziehung des Proletariats ist. Aber sie würden einen großen Fehler begehen, wenn sie nicht von diesem mächtigen Aktionsmittel Gebrauch machen, das die proletarischen Kräfte im Dienste großer proletarischer oder sozialer Interessen zusammenordnet. Sie müssen sich vereinigen, sich organisieren, um in stande zu sein, die privilegierten Klassen immer stärker die Leere empfinden zu lassen, die der plötzliche Stillstand der einer endlosen Ausbeutung müssen Arbeit im ökonomischen Leben der Gesellschaften auf einmal erzeugen kann. Sie können dadurch dem Goldmus der Privilegierten große Reformen im allgemeinen Interesse der Arbeiter entziehen und die vollständige Umgestaltung einer ungerechten Gesellschaft beschleunigen. Aber die Formel des Generalstreiks, ebenso wie der Teilstreik und die politische Aktion, zieht ihren Wert nur aus dem Fortschritt der Erziehung, des Gedankens, des Willens innerhalb der Arbeiterklasse.

Die sozialistische Partei verteidigt die Republik als ein notwendiges Erziehungs- und Erziehungsmitel. Der Sozialismus ist seinem Wesen nach republikanisch. Man kann sogar sagen, daß er die Republik selbst ist, da er die Ausdehnung der Republik auf das Regime des Eigentums und der Arbeit bedeutet.

Die sozialistische Partei bedarf freier, von Aberglauben und Vorurteilen befreiter Geister zur Organisation der neuen Welt. Sie fordert für alle Menschenarten, für alle Individuen und garantiert ihnen die absolute Freiheit des Denkens, der Meinungsäußerung (Pensée) und des Glaubens; sie setzt allen Religionen, allen Dogmen, allen Kirchen, ebenso wie den Klassenauffassungen der Bourgeoisie, entgegen das unbeschränkte Recht des freien Gedankens, die wissenschaftliche Auffassung des Weltalls und ein auschließlich auf der Wissenschaft und der Vernunft beruhendes System der öffentlichen Erziehung.

So an den freien Gedanken und die Überlegung gewöhnt, werden die Bürger gegen die Sophismen der kapitalistischen und clerikalen Realität gefestigt sein. Die kleinen Industriellen, die kleinen Händler, die kleinen bürgerlichen Eigentümer werden aufhören zu glauben, daß es der Sozialismus ist, der sie enteignen will. Die sozialistische Partei wird den Moment beschleunigen, wo die kleinen bürgerlichen Eigentümer, durch die Abfahrtstockung ihrer Produkte ruiniert, mit Hypotheken überlastet und stets von der zwangswise Versteigerung bedroht, endlich die Vorteile der verallgemeinerten und systematisierten Association begreifen und selber die Vergesellschaftung ihrer Bodenparzellen als eine Wohlthat verlangen werden.

Es wäre jedoch nutzlos, im Innern jeder Nation eine gerechte und friedensbringende Organisation vorzubereiten, wenn die gegenseitigen Beziehungen der Nationen allen kapitalistischen gierigen Gelüsten ausgeliefert blieben. Die sozialistische Partei will den Frieden unter den Nationen, sie verurteilt jede offensive und kriegerische Politik, gleichviel, ob es sich um einen kontinentalen oder einen kolonialen Krieg handelt. Sie sorgt dafür, daß die gleichzeitige Aufrüstung stets auf der Tagesordnung der civilisierten Länder bleibt. Und in Erwartung des Tages der endgültigen Friedens unter den Nationen bekämpft sie den militaristischen Geist, indem sie aus allen Kräften für die Überleitung des Systems des stehenden Heeres in das Militärsystem arbeitet. Sie will das Territorium und die Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen jede Überraschung sichern. Aber sie verurteilt von Grund aus jede offensive Politik und jedes offensive Werkzeug. Die enge Verständigung der Arbeiter, der Proletarier aller Länder ist notwendig, sowohl um die Unterdrückungs- und Kriegsträume zurückzudringen, wie auch um durch eine zusammengefaßte Aktion den allgemeinen Triumph des Sozialismus vorzubereiten. Das internationale Einvernehmen der kämpfenden Proletarier aller Länder wird den Triumph einer freien Menschheit vorbereiten, in der die Mannigfaltigkeit der Klassen verschwunden sein wird und die Mannigfaltigkeit der Nationen statt ein Faktor des Kampfes und des Hasses zu sein, ein Faktor des brüderlichen Weltstreites im allgemeinen menschlichen Fortschritt sein wird.

Zu diesem Sinne und aus diesen Gründen hat die sozialistische Partei auf ihren Kongressen die Regel und das Ziel ihrer Aktion also formuliert: Internationale Verständigung der Arbeiter; politische und ökonomische Organisation des Proletariats in einer Klassenpartei zum Zwecke der Eroberung der Macht und der Vergesellschaftung der Produktions- und Austauschmittel, d. h. der Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in eine kollektivistische oder kommunistische.

Zaurds befürchtet sich auf die Verlesung des Entwurfs, der am Schlus mit stürmischen, anhaltenden Beifall aufgenommen wird. Berichterstatter gibt nur noch der Hoffnung Ausdruck, daß der Kongreß den Entwurf ebenso einstimmig votieren wird, wie die Kommission. (Erneuter Beifall und Rufe: Abstimmen! Abstimmen!) Niemand verlangt das Wort und der Kongreß votiert einstimmig durch Aufstehen die Principielerklärung, die von den Delegierten nur einmal und zum erstenmal gehörte wurde, während der im Generalkomitee in zahlreichen Sitzungen ausgearbeitete und

## Kleine Chronik.

Leipzig, 7. März.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater geht am Sonnabend Flachmann als Erzieher in Scène. — Im Alten Theater wird die neue Operette Das süße Möbel gegeben.

Für Sonntag ist das Repertoire wie folgt entworfen: Im Neuen Theater ist Rosengrin angefecht. — Im Alten Theater gelingt Das süße Möbel zur Aufführung.

Im Carola-Theater findet am Sonnabend das vorletzte Gastspiel von E. v. Wolzogen's Bunttem Theater statt. Sonntag geht

dasselbe seine letzte Gastvorstellung.

= Theatercensurstückchen. Im österreichischen Abgeordnetenhaus erzählte Dr. Szaynuski unter allgemeiner Heiterkeit folgendes Theatercensurstückchen: In Krakau wurde ein besuchtes Drama, Das Hochzeitsfest von Wyspianski, von der Theaterturm folgendermaßen censiert: Wo das Wort „russisch“ vorlau, sollte der Schauspieler sofort schwigen. Das Wort „Sonne“ durfte der Schauspieler nicht aussprechen. Der Geistliche durfte nicht die Tracht eines Geistlichen fragen, sondern mußte sich in deutschen, kurzen Kleidern repräsentieren. Ein gewisser Herr Szozlowksi hat ein Schauspiel Diana geschrieben, welches sich im 18. Jahrhundert während des großen polnischen Krieges abspielt und in dem ein Hofsämler Namens Potocki mit einer unschuldigen Dorschönens flirtet. Der Landmarschall Potocki stell

auf dem Kongress selbst stundenlang beratene Programmuntersuchung ebenfalls beiseite geschoben wurde. . . .

Das Ergebnis der Abstimmung wird mit Beifall und mit freilich vereinzelten Rufen: "Hoch die Einigkeit!" aufgenommen, Rufen, die wie ein bitterer Hohn klingen, denn die vollkommene, verworrene, verschwommene und opportunistische Principeklärung ist ganz besonders gecksel, die Kluft zwischen den zwei sozialistischen Lagern dauernd zu erweitern und zu vertiefen. Doch behalte ich mir vor, auf das Programm und die allgemeinen Ergebnisse des Kongresses noch zurückzukommen.

Vorsitzender Viviani freut sich über das einstimmige Votum, bewundert das "Stück Rednerkunst" (page d'éloquence), welches das Programm darstellt, und stellt dasselbe an Schönheit der Erklärung der Menschenrechte von 1789 gleich.

Hierauf begründet Orland in wenigen Worten die von der Kommission ebenfalls einstimmig vollkommene Resolution über die Ministerfrage. Schon im Dezember 1899 ("Einigungskongress") sei beschlossen worden, daß zur Teilnahme an der Regierung die Zustimmung der Partei erforderlich wäre. Die Resolution Rausch hält jenen Beschluss erneuert. Jetzt sei es an der Zeit, aus dieser Resolution die praktische Anwendung zu ziehen. Bisher wäre dies unmöglich gewesen, ohne Personensachen zu berühren. Jetzt aber sei es anders; morgen werde der "ministerielle Vertrag" (b. h. Ministeriums Minister) ein Ende nehmen. Redner meint damit den Sturz oder die Demission des Ministeriums nach den Wahlen. Man könne also einen Beschluss fassen ohne "Hinrichtung von Personen", "ohne Leichname". . . Die Zuhörer konnten danach glauben, daß die Resolution lächerliche Dinge enthält. In Wirklichkeit aber ist sie so harmlos, daß sie von Ministerialist selbst gleich am ersten Tage seiner Ministerialität ohne die geringste Lebensgefahr, ja, ohne die geringste Gefahr für sein Vorleseschild hätte votiert werden können.

Sie lautet: "In Ausführung der vom internationalen sozialistischen Kongress zu Paris votierten Resolution über die Teilnahme eines oder mehrerer Sozialisten an der Bourgeoisregierung, beschließt der Kongress, daß von der nächsten Legislatur ab sein Sozialist in eine ministerielle Kombination eintreten darf, solange hierüber ein Votest nicht anders entschieden hat."

Die Resolution wird ohne Debatte einstimmig angenommen unter vereinzeltem und schwärmendem Beifall.

Orland legt nun dar die Grundlinien des Entwurfes der Neorganisation der Partei. Es handelt sich um eine gründliche Verteilung der einzelnen Föderationen voneinander und der Gesamtpartei — im Namen der Autonomie und des Föderalismus. Nach einem Überstreiten einer kleinen Minderheit vertrat der Kongress die Grundlinien "im Prinzip" und ernannte eine Kommission zur endgültigen Ausarbeitung der Statutenänderung.

Huppenheimer erklärt, daß seine Sonderorganisation (Broussistische oder Possibilistische) bereit sei, gemäß dem in Lyon getroffenen Versprechen, sich aufzulösen, um in der Gesamtpartei aufzugehen.

Die gleiche Erklärung gibt die Revolutionäre Sozialistische Föderation ab, die freilich ebenso über noch mehr als die broussistische ein Schattenseite führt.

Schluss der Sitzung 10<sup>1/2</sup> Uhr abends.

## Sächsischer Landtag.

s. Dresden, 6. März.

### 54. Sitzung der Zweiten Kammer.

Auf der Tagesordnung steht zunächst Schlussberatung über die Kapitel 7 und 45 des ordentlichen Staatshaushaltsetats Leipziger Zeitung und Dresdener Journal.

Der Berichterstatter der Finanzdeputation A. Abg. Schick weist darauf hin, daß die Leipziger Zeitung, die im vorigen Jahr einen Aufschwung von 27000 Ml. erfordert habe, mit einem Ueberschub von 4000 Ml. eingestellt worden ist. Der 50680 Ml. betragende Aufschwung für das Dresdener Journal habe sich um 9000 Ml. erhöht, weil sich durch den Wegfall der Rabattsäfte für amtliche Bekanntmachungen voraussichtlich die Einnahmen um diesen Betrag erhöhen würden.

Abg. Behrens richtet an die Regierung die Bitte um Aufklärung darüber, ob der Sachsenpiegel ein offizielles Organ der sächsischen Regierung ist und die Regierung dieses Organ benutzt, um die in Regierungskreisen herrschenden Anschaulichungen in die Öffentlichkeit zu bringen. In einem Teile der sächsischen und wohl auch der außerstädtischen Presse ist die Meinung verbreitet, daß dieses der Fall sei. Eine Erklärung darüber erscheint mir schon im Interesse der Regierung zu liegen, damit nicht Unklarheiten in dieser Beziehung bestehen bleiben.

Staatsminister v. Weisch: Als einziges offizielles Organ der Regierung ist das Dresdener Journal anzusehen und übernimmt die Regierung auch die Verantwortung für die Haltung dieses Blattes. Offizielles Organ der Regierung ist die Leipziger Zeitung, die in Rücksicht auf ihren offiziösen Charakter einen etwas weiteren Spielraum hat und unterliegt dieses Blatt in politischer Hinsicht nicht direkt den Institutionen der Regierung. In einer gewissen Abhängigkeit ist diese Zeitung jedoch insoweit, als der amtliche Teil einer Kontrolle der Regierung unterliegt. Im übrigen unterhält die Regierung zu seinem Prehorgane weder innerhalb noch außerhalb Sachsen offizielle Beziehungen. Es ist aber selbstverständlich, daß Vertreter von Prehorganen, die sich an die Regierung wenden, um über gewisse Fragen Auskunft zu erlangen, die Regierung diese Auskunft in rein sachlicher Weise erteilt, sofern diese Blätter bereit sind, im staatsfreundlichen Sinne zu schreiben. Wenn nun gefragt worden ist, wie die Regierung zum Sachsenpiegel steht, so kann ich die Frage nur vom Standpunkt des von mir vertretenen Nostros beantworten. Und nach dieser Richtung hin bin ich in der Lage, Ihnen versichern zu können, daß zwischen den Nostros, die ich vertrete und dem Sachsenpiegel zu keiner Zeit ein irgendwie offiziöser Verkehr stattgefunden hat, noch gegenwärtig stattfindet und auch in Zukunft nicht stattfinden kann. Dass dem Sachsenpiegel im Ministerium Auskunft über einzelne Fragen erteilt werden kann, ist zutreffend. Es ist aber keinerlei Einwirkung auf den Sachsenpiegel verübt worden, die Ansichten der Regierung zu vertreten.

Abg. Behrens weist noch darauf hin, daß der Sachsenpiegel besonders bezüglich des Finanzministeriums als offizielles Organ gilt. Man nimmt an, daß sich das Finanzministerium des Sachsenpiegels als offizielles Organ bedient. Ich möchte daher an den Finanzminister die Frage richten, ob das der Fall ist.

Finanzminister Dr. Nölger: Sann sich nur, nur den Erklärungen des Herrn Ministers des Innern anzuschließen. Es ist ihm auch bekannt geworden, daß der Sachsenpiegel Beziehungen zum Finanzministerium unterhalten haben soll. Ich habe daher Erfundungen eingezogen. Die erhaltenen Auskünfte bewegen sich aber in denselben Bahnen, wie die eben gehörten Ausführungen. Die Redaktion des Sachsenpiegels hat einige tatsächlich Mittellungen bekommen, hauptsächlich aus dem Nostro der Eisenbahnen. Ich kann aber versichern, daß diese offiziösen Charakter nicht gehabt haben und auch in Zukunft keinerlei Beziehungen zum Sachsenpiegel unterhalten werden.

Darauf wird Kapitel 7, Leipziger Zeitung, mit 260 050 Ml. Einnahmen und 256 700 Ml. Ausgaben bewilligt, desgleichen Kapitel 45, Dresdener Journal mit 105 000 Ml. Einnahmen und 135 880 Ml. Ausgaben.

Eine lange Erörterung rief die Petition der Kaufleute Paul Hermann und Clemens Götz in Dresden hervor, durch die vom Staatsrat eine Entschädigung von 13 000 Mark gefordert wird. Die Namenspaten haben im Jahre 1895 in Copitz bei Pirna eine Tischlerei errichtet und zwar in einem Ortsteile, für den laut Ortsanordnung villenartige Gebäude vorgeschrieben waren. Dennoch haben die Petenten von der Amtshauptmannschaft

die Genehmigung für den Betrieb einer mit elektrischer Kraft betriebenen Tischlerei für ein Nebengebäude erhalten. Nach der Inbetriebnahme dieser Tischlerei, in der auch mit einer Kreisfäge gearbeitet wurde, erhoben zwei Nachbarn Beschwerde wegen des Geräusches der Kreisfäge an die Amtshauptmannschaft, die darin gestellte, daß die Tischlerei entgegen der Copitzer Bauordnung errichtet, beziehentlich die Genehmigung zu Unrecht erteilt worden sei. Schließlich wird beantragt, den Betrieb der Fabrik zu untersagen. Die Amtshauptmannschaft Pirna wies die Beschwerdeführer ab, die Amtshauptmannschaft Dresden ebenfalls. Nun wandten sich diese mit einer Eingabe an das Ministerium, und dieses verfügte in einer Verordnung, daß die mit elementarer Kraft ausgerüstete Tischlerei bzw. Kleinfabrik nach der Ortsanordnung von Copitz nicht zulässig sei. Daraufhin versetzte die Amtshauptmannschaft 1897 die Schließung des Betriebes der Tischlerei. Die Petenten verlegten ihren Betrieb darauf nach Arnsdorf; es ist ihnen aber dadurch angeblich ein Schaden von 42 000 Ml. entstanden. Sie verklagten den Fiskus und versuchten schließlich einen Vergleich, hatten aber leider Erfolg, weil ein rechtlicher Verstoß der Behörde nicht festgestellt werden konnte. Das Oberlandesgericht erkannte aber an, daß die Rechtslage höchst unscharf sei und empfahl bringend einen Vergleich auf der Basis eines Schadensahrs von 13 000 Ml. Der Fiskus aber lehnte dies ab.

Die Rechtslage ist deshalb zweifelhaft und unscharf, weil es fraglich ist, ob die Regierung in dieser Angelegenheit, einer Baufasche, wo die Kreisfäge die letzte entscheidende Zustand war, auf Grund einer Nichtigkeitsbeschwerde überhaupt etwas verfügen durfte.

Die Beschwerde- und Petitionsdeputation ist dann auch nach dem vom Abg. Dr. Schill erststatteten schriftlichen Bericht nach eingehender Untersuchung der Angelegenheit zu der Überzeugung gekommen, daß es der Verordnung der Regierung, durch die die Schließung der Fabrik veranlaßt worden ist, an einem zweifellosen, festen Rechtsboden gebricht. Sie beantragt deshalb, die Petition der Regierung zur Erwähnung zu überweisen und die Staatsregierung zur Zahlung einer Entschädigung bis zur Höhe von 13 000 Mark aus Staatsmitteln zu ermächtigen.

Anfangs wollte man das Votum in eine noch entschiedenere Form kleiden, sah aber schließlich infolge der Gegenvorstellungen der Regierung davon ab. Nach kurzer Debatte wird das Deputationsgutachten gegen eine Stimme angenommen.

Nunmehr steht der Bericht der Gelehrtengruppe über das Dekret Nr. 10 betreffend die Änderungen der Bestimmungen in § 65 verbunden mit § 440 der revidierten Städteordnung und § 53 verbunden mit § 350 der Landgemeindeordnung zur Beratung.

Abg. Dr. Schill erklärt, dem Gesetzentwurf nur mit dem Vorbehalt zuzustimmen, daß dieses Gesetz in angemessener Weise auch auf andere Fälle ausgedehnt werde.

Darauf wird der Entwurf in der verstummten Form angenommen.

Die Petitionen der Stadtverordneten aus Leisnig und 19 anderen Städten um Aufhebung des § 30 (Beschränkung der Begünstigung schiffsbeforderter Personen bei der Gemeindesteuer) rufen eine kurze Debatte hervor und werden darauf durch folgenden Beschluss erledigt: Die Kammer beschließt, die Petitionen durch die am 17. Februar erfolgte Beschlusssatzung über die Petitionen der Gemeinden Hilbersdorf und Genossen um Aufhebung des § 28 Absatz 2 der Landgemeindeordnung für erledigt zu erklären.

Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr. Tagesordnung: Petitionen.

## Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Aus dem Landtage. Ein höheres Interesse, als dies gewöhnlich der Fall ist, beanspruchen die gestrigen Verhandlungen der Zweiten Kammer. Auf der Tagesordnung standen die Kapitel Dresden Journal und Leipziger Zeitung. Der Abg. Behrens nahm die Gelegenheit wahr, den Minister darüber zu interpellieren, ob der Sachsenpiegel zur Regierung in irgendwelchen Beziehungen stehe. Der Sachsenpiegel gilt nämlich für eine offiziöse inspirierte Korrespondenz, wenn es den Ordungsteil in den Kram pocht; der offiziöse Charakter wird der Korrespondenz aber jedesmal abgestritten, wenn sie etwas den Kartellbrüdern unangenehmes sagt. Das war in der letzten Zeit wiederholt der Fall, als die Korrespondenz auf die Wirkungen des Dreiklassenwahlrechts hinwies und behauptete, daß in der Regierung nicht mehr derselbe Eifer für das Klassenwahlrecht vorhanden sei. Zur Zeit der Ministerie hatte sogar das Dresdener Journal einen Artikel, der sich scharf gegen die Nekhart und Genossen richtete, abgedruckt, woraus allerdings geschlossen wurde, daß jener Artikel des Sachsenpiegels die Ansichten der Regierung widergebe, die Korrespondenz also offiziös sei. Dieser Umstand ist gewiß auch der direkte Anlaß zu der Anfrage an die Regierung nach dem Charakter des Sachsenpiegels gewesen. Minister v. Weisch gab zu, daß der Korrespondenz so wie anderen "gutgefundenen" Blättern Auskünfte erteilt worden seien und erklärte, daß die Korrespondenz keine näheren Beziehungen zur Regierung habe. Eine andere Antwort war nach Lage der Sache von der Regierung gar nicht zu erwarten. Trotzdem darf man wohl annehmen, daß die Beziehungen des Sachsenpiegels zur Regierung wenigstens bisher keineswegs so lose waren, wie es nach der Regierungserklärung den Anschein hätte. Im übrigen ist die Unterscheidung bemerkenswert, die Minister v. Weisch zwischen dem Dresdener Journal und der Leipziger Zeitung mache. Danach ist ausschließlich das Dresdener Journal amtliches Organ, während die Leipziger Zeitung nur halbamtl. ist, aber unter der Kontrolle der Regierung steht.

Interessant war aus den Verhandlungen der gestrigen Sitzung weiter die Petition der Gebrüder Götz in Dresden um Gewährung einer Entschädigung aus Staatsmitteln. Die Petenten hatten 1895 in Copitz eine Fabrik errichtet, und zwar auf einem Komplexe, der nach der Copitzer Bauordnung nur "villenmäßig" bebaut werden sollte. Eine Beschwerde von Aufwohnern gegen die Fabrik wurde sowohl von der Amtshauptmannschaft als auch von der Kreishauptmannschaft als unbegründet abgewiesen; das Ministerium verfügte jedoch, obwohl in diesem Falle die Kreishauptmannschaft die oberste Beschwerdeinstanz ist, die Schließung der Fabrik. Die Petitionskommission hat der Kammer vorgebracht, und die Kammer hat den Vorschlag angenommen, den Petenten eine Entschädigung von 13 000 Mark zu geben, da die Ministerialverfügung "rechtlich mindestens auf einem zweifelhaften Boden" stehe. Die Regierung hat also durch ihre Verfügung das Land um 13 000 Mark berechtigt.

Als dritten Verhandlungsgegenstand beriet gestern die Zweite Kammer den Antrag der Gelehrtengruppe, den Gesetzentwurf betreffend die Änderung von Bestimmungen der revidierten Städteordnung und der Landgemeindeordnung, die von dem Erlöschen von Mandaten handeln, anzunehmen. Die Kammer beschloß natürlich nach dem Antrage. Da auch die Erste Kammer das Dekret annehmen wird, so wird künftig ein Ehrenamt ruhen, wenn gegen seinen Inhaber eine Untersuchung schwebt, dagegen wird nach wie vor ein Mandat erlöschen, wenn sein Träger wegen eines politischen Vergehens eine Gefängnisstrafe verbüßt. Die Zweite Kammer halte be-

sonders gewünscht, daß es den Gemeindesoliden in solchen Fällen überlassen bleibe, ob das Mandat erlöschen solle oder nicht. Die Erste Kammer nahm Aufsicht an diesem Punkt und stieß ihn, die Zweite Kammer hat sich damit zufrieden gegeben. Sie ist also, wie wir dieser Tage festgestellt haben, von der Ersten Kammer zurückgewichen. Der Abg. Schill hat nun in der gestrigen Sitzung eine Erklärung abgegeben, daß ihm das angenommene Gesetz nicht genüge, und stellte später einen Antrag in Aussicht. Glaubt Herr Dr. Schill, daß später ein solcher Antrag mehr Erfolg habe werden, als heute?

**Die Denkschrift der Regierung betreffend die Besteuerung der Großbetriebe im Kleinhandel** ist gestern dem Landtag beigegeben. Sie ist eine unsägliche Druckschrift von 62 Seiten und behandelt die Materie in 27 Kapiteln. Das 11. Kapitel handelt von der Ausschaltung des Zwischenhandels, das 12. von den vorteilhaftesten, das 13. von den nachteiligen Wirkungen der Konsumvereine; das nächste behandelt das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Konsumvereinen. Die letzten Kapitel (28 bis 27) behandeln folgende Gegenstände: Rechtsstreitigkeiten gegen die Warenhaus- und Großbetriebsunternehmer, sozialpolitische und steuerpolitische Bedenken gegen die Umsatzsteuer; tatsächliche Wirkungen der Sondersteuer für Kleinhandels-Gewerbebetriebe; Regelung durch Landesgesetz oder durch Ortsregulativ; Maßregeln zur Stärkung des Kleinhandels.

Zu den vorteilhaftesten Wirkungen rechnet es die Denkschrift, daß die Konsumvereine, deren Mitglieder zu 61 Prozent aus Fabrikarbeitern bestehen, durch den billigeren Großhandlauf ihren Mitgliedern nicht unbeträchtliche Vorteile gewähren können, die so bedeutend sind, daß die Vereine ihren Mitgliedern am Schlusse des Jahres bis 10 Prozent Dividende gewähren können. Diese Vorteile haben zu der großen Ausbreitung der Konsumvereine geführt. Die Vorteile bestehen aber nicht bloß in der Erzielung der Dividende, höher sei der sozialpolitische Gewinn anzuschlagen, daß die Konsumvereine ihre Mitglieder durch das bei ihnen gepflegte Prinzip der Vorbildung zur Sparsamkeit, Ordnung und Pünktlichkeit in der Wirtschaft anhalten. Dazu kommt der nicht gering anzuschlagende Vorteil, daß die Konsumvereine unbemittelte Leute daran gewöhnen, größere Unternehmungen für sich und andere verantwortlich zu verwalten. So sind die Konsumvereine wirkliche Pflege- und Übungsstätten der Selbsthilfe, der Selbstverantwortung und der Selbstverwaltung und der Selbstverwaltung geworden. Die 21 Mitglieder des Aufsichtsrats des größten sächsischen Konsumvereins, dessen in Leipzig-Plagwitz, hatten im Jahre 1900 etwa an 100 Sitzungen und etwa an 110 Kontrollen und Inspektionen teil zu nehmen. Siedlungen sind solche Stellungen sicher nicht. Auf gleicher Stufe mit den Arbeiters-Konsumvereinen stellt die Denkschrift hinsichtlich der vorteilhaftesten Wirkungen auch die landwirtschaftlichen Konsumvereine.

Die nachteiligen Wirkungen der Konsumvereine bestehen hauptsächlich in den übergründig werdenden Kleinhandelsgeschäften. Wer aber, sagt die Denkschrift, diese Klage in den Vordergrund stellt und deshalb eine Einschränkung der Konsumvereine fordert, der müßte folgerichtig die Beeinträchtigung bestehender Kleinhandelsgeschäfte durch Neuerrichtung übergrößiger Geschäfte dieser Art ebenso sehr verurteilen und Abhilfemaßregeln fordern. Aber im letzteren Falle könnte im Beitalter der Gewerbedorflichkeit nicht der Staat, sondern nur eine Organisation der Kleinhändler Abhilfe schaffen.

Dann heißt es in der Denkschrift, die Beurteilung der Konsumvereine sei in neuerer Zeit erheblich beeinflußt worden, durch die Beziehungen dieser Vereine zur Sozialdemokratie. Deshalb geht die Denkschrift ausschließlich auf das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Konsumvereinen ein. Mit dieser Seite der Denkschrift werden wir uns noch gesondert zu befassen haben.

Bezüglich der Frage nach der Umsatzsteuer überhaupt stellt sich die Denkschrift auf den Standpunkt des Verbandes mitteldeutscher Handelskammern, der geraten hatte, man solle das Augenmerk nicht darauf richten, wie man die stärkeren Betriebsformen schwächer, sondern darauf, wie man die schwächeren Betriebsformen stärke. "Dies ist," sagt die Denkschrift, "in der That in kürzester Fassung der beiden Heilsweisen, die zur Bekämpfung des Übelns bisher vorgeschlagen worden sind. Deshalb schließt die Denkschrift mit der Beantwortung der Frage nach den Maßregeln zur Stärkung des Kleinhandels." Und diese Frage beantwortet die Denkschrift so: "Der Kleinhandel selbst möge aber alle Maßregeln ergreifen, die zu seiner Stärkung führen können, vor allem durch einen gemeinsamen Zusammenschluß und taktliche Ausbildung aller im Kleinhandel thätigen Kräfte. Es ist sehr zu wünschen, so schließt die Denkschrift, daß die Kreise des Kleinhandels über dem Verlangen nach Umsatzsteuern die schwächeren, aber auch wirkameren Selbsthilfe nicht verjähren."

Die Denkschrift lehnt also eine laubengesetzliche Regelung der Umsatzsteuer ab, empfiehlt dagegen die Fortsetzung der Versuche mit den diese Materie behandelnden Ortsregulativen, die Mittelstandsbetriebe aber verweist sie eindringlich auf den Weg der Selbsthilfe.

Die Folge der Denkschrift wird sein, daß demnächst in einer Reihe von Gemeinden gegen die Konsumvereine vorgegangen werden wird.

Glauchau, 6. März. Im Geschäftsjahre des Gersdorfer Stein Kohlenbauvereins auf das Geschäftsjahr 1901 wird berichtet: "Nach einer sechsjährigen Periode allmählicher Aufwärtsbewegung hat das Kohlengeschäft im ersten Viertel des abgelaufenen Geschäftsjahrs, zuletzt noch unterstützt durch einen anhaltenden, strengen Winter, seinen Höchstand erreicht und ist dann infolge Dampfbedarf einer ganzen Reihe wichtiger Industriezweige auf fallend rasch zurückgegangen. Von dem Bruttogewinn von 826 455 Ml. werden 115 805 Ml. für Abschreibungen abgezogen, so daß sich ein Nettoertrag von 710 650 Ml. ergibt. Hierzu sind für Tantiemen 78 384 Ml. abzuziehen, so daß zur Dividendenverteilung 687 266 Ml. verbleiben. Es werden 18 bis 20% Proz. Dividende verteilt."

Das ist ein Geschäft für die — Aktionäre.

es. Wohlau, 6. März. Sogar die "unpolitischen" Gewerbevereine fangen jetzt an, sozialdemokratische Mitglieder auszuschließen. Ein hiesiger Genosse hatte sich auf vieles Drängen einiger Mitglieder des hiesigen Gewerbevereins in diesen aufzunehmen lassen, einige Wochen darauf erhielt er oben einen

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.** Der Leichnam eines Selbstmörders wurde in Pirna unweit des Bahnhofs aufgefunden. Der Tote hatte in der rechten Hand einen kleinen Revolver, mittel welchem er sich den tödlichen Schuß ins Herz beigebracht hat. Der Erhöhte ist ein Mann in den 50er Jahren, der gut geblieben war und anscheinend den besseren Gesellschaftskreisen angehörte. Nachforschungen über die Persönlichkeit des Selbstmörders haben ergeben, daß er seit dem 22. Februar in einem dortigen Hotel sich aufgehalten hat, wo er sich als Techniker A. Kochmann aus Dresden in das Fremdenbuch eingetragen und angegeben hatte, er komme aus Dresden und wolle nach Nürnberg.

In Hirschstein an der Elbe wurde seit mehreren Tagen der Knabe Richard Förster vermisst. Jetzt ist er im Lade-räume eines am Ufer der Elbe verankerten Kahnes inhalbverhungertem Zustande aufgefunden worden. Aus Furcht vor einer Operation, der er sich im Krankenhaus unterziehen sollte, hat sich ein 16-jähriger Handlungsschluß in Plauen durch einen Schuß ins Herz entledigt. Wegen Totschlags verurteilte das Schwurgericht Chemnitz den halbtoten Michael de Nubis zu 8 Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Fahrerlust. Der Verurteilte, zuletzt Bergarbeiter in Döbeln t. G., kam am 28. Oktober 1901 nach einem Streit auf der Straße auf den Bergbauwalde Oesterreich vier Revolverschläge abzugeben, von denen einer dessen Tod herbeigeführt hat. Der Angeklagte konnte weder lesen noch schreiben, weshalb in den Verhandlungen ein Dolmetscher herangezogen werden mußte. Ein 17 Jahre altes Mädchen in Zwölften ist von dem Hund ihres Vaters in die Hand gebissen worden. Der Hund ist inzwischen verendet. Er sollte an Tollwut gelitten. Der Verletzte ist in das Berliner Institut für Infektionskrankheiten abgebracht. Das Schwurgericht Zittau hat den aus Gababrunn bei Döbeln gebürtigen Forstschüler Eduard Großer, 20 Jahre alt, wegen Unterstossung von 50 Ml. (1) und Urkundensäufung zu 6½ Monaten Gefängnis verurteilt.

**st. Aus Sachsen - Weimar, 6. März.** Preußischer wie Sachsen hat sich der weimarsche Landtag schon des älteren erwiesen. Auch dieser Tage hat er in einer das allgemeine Interesse stark berührenden Frage eine Stellung eingenommen, die der krassesten Reaktion alle Ehre macht. Die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur in Jena stellte an den Landtag des Gesuchs, die Kinder dissidentischer Eltern, welche besonderen Moralunterricht erhalten, von der Teilnahme am Religionsunterricht zu befreien. Dieses Gesuch, über das der Petitionsausschuß vorschlug, zur Tagessordnung überzugehen, führte zu einer sehr lebhaften Debatte zwischen den Abg. Baudert und Knabe Edward Großer, 20 Jahre alt, wegen Unterstossung von 50 Ml. (1) und Urkundensäufung zu 6½ Monaten Gefängnis verurteilt.

**Jena, 6. März.** Dem Professor Dr. Ernst Abbe ist eine beherrenswerte Ehrung zu teil geworden. Die Staatsminister der ernestinischen Länder überreichten ihm, als sie zur Beauftragung eines neuen Universitätsstatuts in Jena versammelt waren, persönlich eine Adresse folgenden Inhalts: "Dem genialen Förderer der Wissenschaften, dem opferfreudigen Gründer der Carl Zeiss-Stiftung, dem wahren Freunde der Universität Jena, Herrn Professor Dr. Ernst Abbe in Jena, sprechen für seine hochgesinnige Mitwirkung bei Neugestaltung der akademischen Belebungsvorstellungen die großherziglich und herzoglich sächsischen Staatsministerien hierdurch Dank und Anerkennung aus. ges. Rothe, v. Heym, v. Hellendorff, Hentig." Wie die Seiten sich doch ändern! Vor ein paar Jahren noch sollte Professor Abbe diszipliniert werden, weil er die freisinnige Volkspartei aufgerichtet hatte, in der Stichwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 7. März.

**Schneider, Achtung!** Bei der Firma Albert Frankenberg, Marsgrafenstraße, bestehen wegen der Entlohnung Differenzen und werden die Kollegen erucht, dies zu beachten.

**Der Vertrauensmann.**

**Die Großneiuauungsgeellschaft deutscher Konsumvereine** hat im vergangenen Jahre eine Entwicklung wie niemals vorher gehabt. In den letzten vier Jahren entwickelten sich der Umsatz der Gesellschaft folgendermaßen: 1898: 5579035 Ml., 1899: 6296072 Ml., 1900: 7956335 Ml., 1901: 15137781 Ml. Im neuen Geschäftsjahr sieht sich, so weit sich übersehen läßt, das Wachstum der Gesellschaft in der bisherigen Weise fort. Der Umsatz betrug Januar 1900: 448804 Ml., Januar 1901: 714507 Ml., Januar 1902: 1285000 Ml.

**Von den "unpolitischen" Militärvereinen.** Seit in Rötha der Connewitzer Konsumverein eine Filiale errichtet hat, sind die "Patrioten" und "Ordnungs"helden der dortigen Gegend nicht länger wie anderwärts bestrebt, die Einwohner an dem Genusse der Vorteile zu verhindern, die ihnen die Mitgliedschaft des Konsumvereins bietet. Es wird zunächst eifrigst ausgeknüppelt, wer die Mitgliedschaft des Konsumvereins erworben hat und kann durch ein Schreiben wie folgt verfahren:

Herrn X. in Rötha.

Gegegen unseren Vereinszähungen Absatz 30a ist Ihre Ehefrau Mitglied des unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Konsumvereins in Connewitz geworden. Da demzufolge Ihre weitere Mitgliedschaft bei dem königlich sächsischen Militärverein Szen unmöglich ist, ersuchen wir Sie, unser Vereinszettel baldigst an den Kassierer Böhne abzuliefern. Sollten Sie jedoch Ihre Mitgliedschaft bei dem Konsumverein Connewitz aufgeben wollen, können Sie uns bis nächsten Sonntag den 9. d. M. davon Nachricht geben.

Böpen, den 2. März 1902.

Otto Klingst, Vorsteher.

Friedrich Böhne, Kassierer.

Im vorliegenden Falle hat der Betroffene 24 Jahre lang Beiträge zu dem "Königlich Sächsischen Militärverein Böpen" entrichtet. Wir können ihm nur raten, auf Rückzahlung seiner Beiträge event. Klage bei Gericht anzustrengen, zumal nach dem neuen bürgerlichen Gesetzbuch Ehefrauen die Mitgliedschaft

von Konsumvereinen erwerben können, ohne daß sie dazu die Zustimmung ihrer Ehemänner haben.

**Zu der nichtöffentlichen Sitzung der Stadtverordneten,** die am letzten Mittwoch der öffentlichen Sitzung folgte, kam u. a. die Ratsvorlage über die Gehaltsfestsetzung des neu gewählten Stadtrates Wunder zur Verhandlung. Herr Wunder bezog zuletzt als Direktor der Gasanstalten ein Gehalt von etwa 10 200 Ml. inklusive des Wertes seiner Dienstwohnung. Bei der Festsetzung seines Gehaltes als Stadtrat wurden ihm 18 in seinem bisherigen städtischen Amt verbrachte Dienstjahre angerechnet und ihm der Maximalgehalt eines Stadtrates in Höhe von 9500 Ml. außerdem aber eine persönliche Zulage von 1000 Ml. bewilligt. — Die Ratsvorlage war aus Versehen auf die Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung geraten; die damit verknüpfte Amtsverschwiegenheit der Stadtverordneten über diesen Verhandlungsgegenstand wurde jedoch aufgehoben.

**Leipzigs Fremdenverkehr.** Nach den beim Verlehrsbverein Leipzig (Bureau für kostenlose Auskünfte, Städtisches Kaufhaus, Kupfergräben) eingegangenen polizeilichen Mitteilungen sind in der Woche vom 24. Februar bis 2. März in den Leipziger Hotels 3560 Fremde angekommen, darunter 3243 Reichsdeutsche, 269 aus anderen europäischen Staaten und 57 aus außereuropäischen Ländern. In der Woche vom 17. bis 23. Februar sind in den Leipziger Hotels 2705 Fremde angekommen, darunter 2480 Reichsdeutsche, 193 aus anderen europäischen Staaten und 23 aus außereuropäischen Ländern.

**Kredit- und Sparbank.** Die gestrige Generalversammlung beschloß, nach langer Erörterung die Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis von 5 zu 3 oder Zugabe von 30 Prozent, eventuell die Ausgabe neuer Aktien, falls die Zugaben nicht das Aktienkapital bis zur Höhe von 10 Millionen Mark ergänzen.

**Ein Bildchen aus der besten der Welten.** Es ist abends in der 9. Stunde. Ein etwa achtjähriges, sauber gekleidetes Mädchen betritt im Westviertel einen Laden und bittet ängstlich um ein bisschen Essen; es habe den ganzen Tag noch nichts gegessen, die Mutter sei krank und der Vater arbeitslos. Die Frage nach Namen und Wohnung beantwortet das Kind. Nach Verbreitung von etwas Gebäck eilt das Kind einige Häuser weiter, wo es von einer blassen und elenden Frau mit einem Jungen von ungefähr 9–10 Jahren erwartet wird. Schnell wird das Päckchen ausgewickelt und sein Inhalt mit Haft und Begierde verschlungen. Ein trauriges Dasein — die Mutter krank, der Vater arbeitslos! Mutter und Kinder gehen am Abend beiderlei Wie oft mögen sie dabei schroff zurückgewiesen werden?

**Wegen des Baues einer hochwasserfreien Verbindungsstraße zwischen Lebusch, Wahren und Böhlitz-Ehrenberg** hatten sich am letzten Mittwoch im Restaurant zum Waldhof in Lebusch die Vertreter der drei beteiligten Gemeinden sowie eine Anzahl begeistriger Interessenten auf Einladung des Leipziger Amtshauptmanns eingefunden. Der Bau der projektierten Straßenzüge wird nach einer vorläufigen Berechnung etwa 750000 Ml. erfordern, wobei die Landeswerbung noch eine unentgeltliche sein wird. Wegen der Aufbringung der erheblichen Baukosten einzige man sich dahin, etwa 100000 Ml. durch Beiträge der Gemeinden (etwa je 15–20000 Ml.) sowie durch freiwillige Barmittel verschiedener Industrieller und anderer Interessenten und eventuell aus Mitteln des Bezirksvermögens aufzubringen. Die übrigen Kosten sollen von der Staatsregierung gefordert werden. Troß des hohen militärischen Interesses, das durch die Nähe der Schießstände gegeben ist, wurde von Seiten des Kommandos doch nur die Ausführung der Erdarbeiten durch Pioniere zugesichert, weil andere Mittel nicht vorhanden sind. Der Beginn des Straßenbaues soll spätestens 1904 erfolgen. Amtshauptmann Heintz versprach, das Projekt eifrigst fördern zu wollen.

**Heimatscheine.** Das sächsische Ministerium des Innern gab in einer kürzlich erlassenen Verordnung bekannt, daß die Kreishauptmannschaften zeithin in Verfolgung früherer Verordnungen die Ausstellung von Heimatscheinen und sonstigen Legitimationsspapieren an im Auslande aufzählliche Personen den unteren Verwaltungsbehörden nur dann überlassen hätten, wenn es sich um Personen gehandelt habe, die in den früher zum deutschen Bunde gehörigen Teilen Österreichs aufzähllich gewesen seien, während in allen übrigen Fällen und insbesonders bei den die Mehrzahl bildenden, aus der Schweiz eingegangenen Besuchten die Heimatscheine ic. dem Ministerium des Innern zur Ausbildung in diplomatischen Wege überreicht worden seien, die Unterbehörden aber hiervom lediglich kurze Nachricht erhalten hätten. Das Ministerium erachtet, wie es in der aus Anlaß eines besonderen Falles erlassenen Verordnung weiter mitteilt, dieses Verfahren als zweckmäßig und den bestehenden Vorschriften entsprechend und es vermag daher auch nicht zu erklären, aus welchen Gründen sich die vorgeschlagene Ausstellung von Abschriften der Heimatscheine ic. an die betreffenden Unterbehörden notwendig machen solle. Da ferner Auträge auf Ausstellung von Heimatscheinen nach einer hierüber bestehenden Bestimmung als Eilsachen zu behandeln seien, so empfiehlt das Ministerium für die Überreichung an dasselbe die Benutzung eines hierzu vorgeschriebenen Vordrucks.

**Versendung von Paketen während der Osterzeit.** Die Vereinigung mehrerer Pakete zu einer Postpaketaufgabe ist für die Zeit vom 28. bis einschl. 30. März im inneren deutschen Vertriebe nicht gestattet.

**Die sogenannte geschlossene Zeit** beginnt Montag den 10. März. Von diesem Tage bis zu dem ersten Osterfestertage ist sowohl die Abhaltung öffentlicher Tanzbelustigungen, wie die Veranstaltung von Privatbällen, auch wenn diese in Privathäusern oder in Lokalen geschlossener Gesellschaften abgehalten werden, verboten. Es würden demnach Sonntag den 9. März die letzten öffentlichen und privaten Bälle vor dem Osterfest abgehalten werden können. Konzerte, Theater ic. können hingegen noch die nächste Zeit abgehalten werden und finden nur in der Charwoche eine Beschränkung.

**Das verhaftete Kamel.** Auf der Ostermesse sucht bekanntlich jeder in Bezug auf Reklame durch besondere Originalität die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Den Vogel hatte diesmal ein findiger Geschäftsmann abgeschossen, der seine Geschäftsempfehlung einem Kamel umhängte. Der Vierfüßer lebte sich aus zwei handfesten Männern zusammen, die eine ausgezogene Kamelhaut über sich gezogen hatten. Der Effekt ließ nichts zu wünschen übrig; er hätte einen Varnum Ehre gemacht. Sobald das Wüstentier auf der Bildfläche erschien, staute sich der Verkehr vollkommen; wie Menschen standen die Menschenmassen. Vergnügt versuchte dieser oder jener wagemutige Droschkenlenker, sein klappiges Rößlein ein paar Schritte weit

voraus zu bringen. Verlorene Liebesmüh! „Doch die Polizei die schnelle, war, wie immer, gleich zur Stelle.“ In der Mehlzeit ist zwar sonst in Leipzig so gut wie alles erlaubt, hier aber war ein offenkundiger Roststand geschaffen. So entschloß man sich denn, das Kamel — zu arretieren. Unter lautem Lärm der ausgelösten Zuschauermenge führte ein Wachmann das Unglücksvieh am Halstierband zur Polizeiwache am Naschmarkt. Behend eilte es die kleine Freitreppe, die zum Wachlokal empor. Im Thürrahmen wedelte es noch einmal, habt wehmüdig, halb nedisch, mit dem Schweife — und der Mehlkult war aus.

**Ein gefährliches Neukonter mit einem Einbrecher** halten zwei Schuhleute in den heutigen frühen Morgenstunden in der Herbergsstraße Nr. 16 zu bestehen. Einem Techniker, der um diese Zeit durch die Herbergsstraße ging, fiel auf, daß in den Geschäftsräumen der Firma Meyer Licht brannte und meldete dies einem Schuhmann. Dieser begab sich in Begleitung eines zweiten Schuhmanns unverzüglich in das betreffende Grundstück. Als nun die Beamten von der Hausschlüssel aus die Thüre des Ladens öffneten, trachte ihnen ein Schuß entgegen, der aber zum Glück fehlging. Dem Einbrecher gelang es, zunächst in das Nachbargrundstück zu entkommen; er wurde aber darin nach Stundenlangem Suchen im vierten Stockwerk versteckt aufgefunden. Von diesem Versteck aus hat nun der gefährliche Mensch mit dem Revolver, mit dem er bewaffnet war, nochmals auf die Schuhleute geschossen, ohne jedoch zu treffen. Ein Säbelhieb machte ihn kampfunfähig. Der Einbrecher wurde nun überwältigt und festgenommen. Der Verhaftete ist ein aus Marburg gebürtiger 23 Jahre alter Bäcker Namens Albert Täschner. Aus der Ladentasse der Firma Meyer hatte er 30 Ml. entwendet.

**Großer Unfall.** Eine größere Menschenansammlung wurde gestern vormittag auf dem Augustusplatz am Wendebrunnen beobachtet. Irgend ein Nichtsahnender hatte in der vorhergegangenen Nacht einen der Meergötter des Wendebrunnens mit intensiv-roter Farbe angepinselt und ihm obendrein noch ein Plakat umgehängt. Die Entfernung der roten Farbe nahm gestern den ganzen Tag in Anspruch. Der oder die Verübler des "Wibes" sind nicht dabei erwischt worden.

**Arbeiterrisiko.** In der Zeiper Straße hatte gestern vormittag ein in der Hohen Straße wohnender 38 Jahre alter Feuerstutzer das Unglück, beim Reinigen des über der Gangthür des Grundstückes Nr. 28 befindlichen Glashabes eine Schreibe zu zerbrechen und sich dabei die Schlagader des rechten Armes zu durchschneiden. Dem Verunglückten wurde in der nahen 2. Sanitätswache ein Röhrchen angelegt, worauf er in das Krankenhaus gebracht worden ist.

**Feuer brach heute in den frühen Morgenstunden** in der Wareniederlage eines am Rautenstr. Steinweg wohnenden Kaufmanns aus. Die Feuerwehr hatte bis zur vollständigen Bekämpfung des Feuers etwa ¾ Stunden zu thun. Die Entstehungursache des Brandes ist unbekannt.

**Kleine Polizeinachrichten.** Auf der Berliner Straße wollte gestern nachmittag der achtjährige Sohn eines Geschäftsführers kurz vor dem Herannahen eines Motorwagens über die Straße laufen. Der Knabe wurde aber von dem Motorwagen erfaßt und geriet unter den Vorderperron, kam aber zu seinem Glück mit nur unbedeutenden Quetschungen an beiden Oberarmen davon.

Ein 27 Jahre alter Arbeiter aus Görlitz mietete sich unter falschem Namen bei mehreren Familien in der Ostvorstadt ein, bestahl seine Wirtschaften und verschwand dann heimlich. Der Einbrecher wurde jetzt ermittelt und festgenommen.

Aus einem Gebäude der inneren Stadt ist ein Bogen mit einer Anzahl Briefmarken im Gesamtwert von 250 Ml. gestohlen worden. Darunter befand sich eine alte sächsische Dreipfennigmärkte, deren Wert sich jetzt auf 85 Ml. bezieht.

In einem Leinengeschäfte der inneren Stadt erschwindete ein 38 Jahre alter Buchbinder von hier unter Vorlegung gefälschter Bestellzettel einen größeren Posten Waren. Der Betrüger wurde jetzt ermittelt und in Haft genommen.

## Gerichtsaal.

Schwurgericht,

Leipzig, 5. März.

**Vorsätzliche Brandstiftung und Versicherungsbetrug.** Die leichte Verhandlung der ersten diesjährigen Schwurgerichtsperiode richtete sich gegen den am 5. Juli 1888 in Lehnitz geborenen, in Kötzschenbroda bei Oschatz lebenden Gutsbesitzer Karl Wilhelm Pöschel wegen des oben genannten Deliktes. Im Jahre 1888 kaufte Pöschel von seinem Stiefvater das in K. belegene Gut, 21 Hektar groß, mit dem Wohnhaus und den üblichen Wirtschaftsgebäuden für 21 000 Ml. und zahlte 9000 Ml. an. Das Gut war sehr mit Hypotheken überlastet, die P. mit übernehmen mußte. Die Gebäude und Wirtschaftsgegenstände waren bei der Landesbrandkasse und der landwirtschaftlichen Versicherungsgenossenschaft in Dresden ziemlich hoch versichert. Mit seinen Einkünften war es recht schlecht bestellt, da P. mit seinem Vieh ziemlich viel Unglück hatte. Von Jahre 1898 an nahm er noch Hypotheken in Höhe von 1500, 600, 2700, 2000 und 2100 Ml. auf; außerdem ließ er das ihm von seiner Frau in die Ehe gebrachte Vermögen von 9000 Ml. am 14. Dezember 1901 auf das Gut hypothekarisch eintragen. 400 Ml. hatte P. jährlich Hypothekenzinsen zu zahlen. Einige Gläubiger drängelten, ihr Geld wieder zu erhalten und im Spätjahr 1901 ist gegen P. dieserhalb verschiedentlich Klage angestrengt worden; namentlich sind die Futtermittellieferanten ziemlich scharf gegen ihn vorgegangen. Die Anklage legt ihm nun zur Last, in den Abendstunden des 29. Oktober das Wirtschaftsgebäude, Scheune und Stallung vorzeitig in Brand gestellt zu haben, um die Versicherungssumme zu erhalten und damit seine Schulden bezahlen zu können. In der Mauer zwischen der Scheune und dem Schuppen befindet sich ein großes Loch, durch das er zur fraglichen Zeit vortrat. Schuppen aus einem brennenden Cigarettenstummel in das Gemenge in der Scheune geworfen hat, um dadurch den Brand zu verursachen. Die Scheune, Stallung und der Schuppen sind bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Der dadurch entstandene Schaden beträgt über 6000 Ml. Dem ihn verhörenden Gendarm gegenüber bestritt er jede Schuld und gab an, daß das Feuer von dritter Seite angelegt worden sein müsse. Aber irgend eine bestimmte Person vermochte er nicht anzugeben, da er in der Gemeinde keine Feinde hatte, denen die That zuschreiten war. Seine, dem Gendarm gemachten Aussagen hielt er

anfänglich auch dem Untersuchungsrichter gegenüber aufrecht. Dann ließ er sich einmal freiwillig vorspielen, um ein Geständnis abzulegen und gab die in der Anklage befindlichen Aussagen ab. In der heutigen Hauptverhandlung widerrief er sie teilweise und behauptete aufs neue, daß das Reiner angelebt worden sein müsse. Es machte sich eine umfassende Beweisaufnahme durch Abhörung von 15 Zeugen nötig, um ihn der Schuld zu überführen. Der Gerichtsarzt Dr. Thümmler hält den Angeklagten für einen geistig beschränkten Menschen. Auch der Verteidiger sagt, daß P. ein geistiger Halbwandler sei, während der Staatsanwalt die Schuldfragen in vollem Umfang bejaht wissen wollte. Das Urteil lautete gemäß dem Wahrspruch der Geschworenen, die dem Angeklagten mildernde Umstände gebilligt hatten, auf ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrenrechtsverlust.

## Vereine und Versammlungen.

### Eine öffentliche Gewerbevereinssammlung

tagte am Donnerstag abend im Goldenen Adler in Plauen. Die Versammlung war angeblich im Interesse der Münschner einberufen worden und sollte den Zweck haben, gegen die Mitglieder des Centralverbandes der Münschner Stellung zu nehmen, die es gewagt hatten, die im Gewerbeverein organisierten Münschner auf ihr nicht gerade rühmendwerten Verhalten ihren Kollegen gegenüber aufmerksam zu machen und sie, teilweise mit Erfolg, in den Münschnerverband herüberzuziehen. Von einer Münschnerversammlung konnte jedoch nicht gut die Rede sein, denn die Mehrheit der Versammlungsbesucher setzte sich aus Mitgliedern des Hirsch-Dunstschädel Gewerbevereins der verschiedenen Berufe zusammen.

An Stelle des am Erscheinen verhinderten Redakteurs und Landtagsabgeordneten Goldschmidt sprach ein anderer Berliner Herr über die Theorie und Praxis der Hirsch-Dunstschädel Gewerbevereine. Der Herr sah mit dem Vorjahr nach Leipzig geskommen zu sein, den Leipziger Arbeitern einmal nach seiner Art Aufklärung über die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen zu geben. Er mußte jedoch die Erfahrung machen, daß die hiesigen Arbeiter derartige Lehren, die übigen in einem überaus herausfordernden Tone gehalten waren, nicht recht angänglich sind. Wie sich der Redner seiner Aufgabe entledigte, geht schon daraus hervor, daß er in seinen dreiviertelstündigen Ausführungen ununterbrochen den Widerspruch eines großen Teils der Anwesenden herausforderte und teilweise ganz am Sprechen verhindert wurde. Die Gewerkschaften fanden natürlich am schlechtesten weg, während die Hirsch-Dunstschädel Gewerbevereine und ihre Führer allein die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung begriffen hätten.

Nachdem der Redner geendet hatte, nahm Genosse Lütich das Wort, um in längeren Ausführungen und an der Hand zahlreicher Beispiele die Tätigkeit der Gewerbevereine zu beleuchten und ihre Theorie und Praxis in das richtige Licht zu stellen. Der Referent wollte sofort erwähnen, mußte aber, da die Versammlung die Verteilung entsprechend der Eintragung in die Rednerliste verlangte, und der Protest gegen die Geschäftsführung zu einem Tumult auszarten drohte, davon Abstand nehmen. So kam als nächster Redner ein hiesiger Gewerbevereiner, Herr Trabert, zum Vortrag. Er versuchte zunächst den Referenten aus der eigentümlichen Lage, in die dieser geraten war, herauszuhauen, und die gegen die Gewerbevereine erhobenen Beschuldigungen damit zu beschönigen, daß so etwas auch bei den Gewerkschaften vorliege. Dass dieser Redner sich bemühte, verschiedene Neuerungen des Genossen Lütich richtigzustellen, die der letztere überhaupt nicht gehabt hatte, mag nur nebenbei erwähnt werden.

Hierauf sprach Genosse Mensch eingehend und besonders auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen über die Gewerbevereine, wobei er seine in früheren Versammlungen aufgestellten Behauptungen aufrecht hielt und verschiedenartige Beweise hierfür erbrachte.

Sofort nahm wieder der Referent das Wort, um Genosse Mensch zu entgegnen. Der Vorstand der Versammlung sein Bureau war überhaupt nicht gewählt worden erklärte, daß dieses Vorgehen des Referenten der Geschäftsführung der Gewerbevereine entspreche. Ein großer Teil der Versammlung war aber der Meinung, daß die in den Gewerbevereinen absteile Geschäftsführung in einer öffentlichen Versammlung nicht maßgebend sei; sie verlangten, daß die Redner der Reihe nach zum Wort kommen, und da trog allen Protestes der Vorstande zu einer Aenderung seiner Geschäftsführung nicht zu bewegen war, so schieden sich die Mitglieder der Gewerkschaften an, das Lokal zu verlassen. Infolge des hierbei entstandenen Tumults löste der überwachende Beamte die Versammlung auf.

### Geschäftsführer- und Marktführer-Versammlung.

Am Sonnabend den 1. März fand in der Erholung zu L.-Entrich eine öffentliche Versammlung der Geschäftsführer und Marktführer vom Stadtteil Leipzig-Nord statt, die gut besucht war. Kollege Schmidt referierte über das Thema: Die wirtschaftliche Krise und unser Arbeitsverhältnisse. Er schilderte die Entwicklungsgänge der Produktion und wies nach, daß nur durch ein vernünftiges Produsieren der Waren mit Mühslichkeit werden könnten. Dies sei jedoch von unserer heutigen kapitalistischen Gesellschaft und deren Vertretern nicht zu erhoffen. Darum müsse die Arbeiterschaft Hand aus Werk legen, den Unternehmensverbänden müsse die organisierte Arbeiterschaft sich entgegenstellen; dann dürfe auch die Regierung nicht mehr gleichgültig beiseite stehen. Das sah man heute bei dem Hungerzoll. Die Regierung habe sich dem BUND der Landwirte verschrieben, sonst hätte sie unmöglich einen Entwurf unterschreiben können, der noch vor kurzer Zeit erst als Wunsch von höchster Stelle aus bezeichnet worden sei. Unser Beruf werde heute ebenso gut als jeder andere in Misereide standen, weil in der bittersten Not jeder, gleich dem Erstinkenden, nach dem Strohbalz greife und sich über Wasser halten will. So greife jeder die Gelegenheit auf und trete dort in Arbeit, wo sich solche böte. Durch dieses Überangebot sinken dann die Löhne, die so schon traurig genug seien. Die Unternehmer lassen sich die heitige Gelegenheit zu Lohnreduktionen nicht entgehen und machen Lohnabfälle bis zu 25 Proz.; so bei Weishahn, Berger, Gehlert und Fleisch. Sollte Aenderung eintreten, so müsse die Gleichgültigkeit und Stumpfsinnigkeit der Arbeiter verschwinden; nur dann könne etwas erreicht werden. Eine kurze Debatte knüpfte sich an im Sinne der Aufführungen des Referenten. Auch ließen sich mehrere Kollegen in den Verband aufnehmen.

### Die Böttcher

hielten ihre leute Versammlung im Goldenen Weinhaus ab. Genosse Stroth sprach über die Arbeitslosigkeit und über die Mittel zu ihrer Bekämpfung. Der Referent wies in seinen Ausführungen besonders auf die Notwendigkeit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung hin. In der Diskussion wurde erwähnt, daß die Arbeitslosenunterstützung fast bei jeder Generalversammlung angeregt worden sei, aber noch keinen Ausgang gefunden habe. Unter Gewerkschaftlichem wurde das Verhalten einiger organisierter Kollegen kritisiert, die am gleichen Tage, an dem die Böttcher Leipzigs ein Vergnügen abhielten, ein anderes Fest besuchten, wozu sie von der Firma, bei der sie beschäftigt sind, 3 M. erhielten, und das in einem Lokale abgehalten wurde, wo vier von der betreffenden Firma zum Ausbank kam. Die Wiederanahme eines früher ausgeschlossenen Mitgliedes wurde abgelehnt. Weiter wurde beschlossen, restierende Beiträge bei

einsetzender Arbeitslosigkeit von der Unterstützung in Abzug zu bringen. Vier gewählte Kollegen, die unverschuldet in Rot geraten sind, sollen je mit 30 M. unterstützt werden.

### Verein Vorwärts Leipzig-Süd.

Am letzten Vereinsabend vom Sonntag den 2. März gedachte zunächst der Vorsthende in warm empfundenen Worten des verstorbenen Genossen und Mitbegründers des Vereins, Robert Heintz; die Anwesenden ehrteten das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von ihren Plänen. Hierauf referierte Genosse Manfred Wittich über Meinecke Zuchs. Redner gab in seiner bekannten, mit Humor gewürzten Weise eine treffliche Charakteristik der Tiergestalten in den Sagen und der Mythologie der verschiedenen Völker, so z. B. bei den Griechen, Römern und Germanen. Er hob dabei die Bedeutung der Tierfabeln als poetische Erzeugnisse hervor. Sodann kommt er auf die Meinecke-Zuchs und Dichtungen in Frankreich, Holland und Deutschland, die ein getrennes soziales Spiegelbild von Zeit und Gesellschaft darstellen, speziell zu sprechen, bis zu Goethes Meinecke-Zuchs, einem Meisterwerk deutscher Literatur, das Redner als zweiten Teil seines Vortrags am 20. März besonders zu behandeln gedenkt. Alte Aufmerksamkeit und ungezählter Besuch der stark besuchten Versammlung lohnte die trefflichen Aufführungen des Genossen Wittich. Unter Vereinsangelegenheiten erfolgt die Mitteilung, daß am 23. März, dem Palmsonntag, ein Theaterabend in der Goldenen Krone, ausgeführt von den dramatischen Kräften des Vereins, stattfindet. Vorstehender weist nochmals darauf hin, daß man 20. März Genosse Wittich den zweiten Teil seines Vortrags halten wird und hofft auf ebenso zahlreichen Besuch der Versammlung, auch seitens der Frauen. Hieran schloß sich ein geselliges Beisammensein, das die Teilnehmer bis zu vorigerster Zeit zusammenhielt, ein Beweis, daß der Verein seinen Mitgliedern auch in geselliger Beziehung etwas zu bieten versteht.

## Gemeinde-Zeitung.

**S Sommerfeld.** (Gemeinderatssitzung vom 3. März.) Ein Konzessionsgesuch des Herrn W. Leinig wird einstimmig befürwortet, da es sich nur um eine Übertragung handelt. Das Besitzveränderungsabgaben-Legislativ ist seitens der Aussichtsbehörden widerrufen geblieben. In die Rechnungsprüfungskommission wurden gewählt: die Ortsbürger O. Hahn und R. Münni, Hausbesitzer R. Münni und der Barbier Hahn-Haniel (Unangefessener). Dem Bebauungsplan der Herren Wendt und Genossen wird zugestimmt unter folgenden Bedingungen: Die im Plan des etwa 30 Acre großen, an der Dresdener Bahn liegenden Areals angegebenen Begräbnisse sollen bei sich event. nötig machender Verbreiterung der Straßen unentbehrlich abgetreten werden. Weiter ist auf je ca. 6 Acre ein freier Platz zu schaffen nebst einem Brunnen mit ausreichendem Wasser, und sind die Fußwege zu pflastern. Ein Geschäft zur Prüfung überwiesen. Ferner wurde noch beschlossen, die Fußwege des Ortes, so weit sie dies bedürftig sind, mit Aues zu beschützen und auszubessern. Durch leichten Beschluß würde endlich einer schon lange bestehenden Katastrophe abgeholfen und ist nun zu wünschen, daß die Ausführung des Beschlusses recht bald in die Hand genommen wird.

## Mitteilungen aus dem Publikum.

Der Centralverband der Fleischer ist vom Tage seiner Gründung an den Meistern recht unangenehm gewesen und es ist nur erklärblich, wenn sich die Meister bemühen, ihrem Ärger über den Gehilfenverband mit jeder sich bietenden Gelegenheit Lust zu machen. Der Fleischermeister Saupé, Sohn des Seitzer und Sohn Straße, scheint es sich besonders zur Aufgabe gemacht zu haben, die Organisation der Gehilfen zu bekämpfen. Bei den täglich abgehaltenen Vergnügungen des mit den Meistern in schöner Harmonie lebenden Fleischergesellenvereine Brüderlichkeit steht es der Herr Saupé für notwendig, einmal gehörig über den Centralverband der Fleischer herzuziehen. In einer Ansprache wies er auf gewisse Elemente hin, die die Harmonie und Einigkeit zwischen Meister und Gehilfen zerstören wollten; er ermahnte zur Arbeit und Sparsamkeit und dankte der Gesellenchaft im allgemeinen dafür, daß sie es verstanden habe, die von zielbewußter Seite unternommenen Versuche, Propagande für die sozialdemokratische Partei zu machen, energisch von sich zu weisen". Der Anspruch vereit in Wirklichkeit nur die Angst, die in den Kreisen der Meister gegenüber der Gehilfenorganisation herrscht. Nachdem man den Behauptungen der Gehilfen in Bezug auf die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Gewerkschaftsversammlungen nicht mit Erfolg gegenüberzutreten vermochte, benutzt man die Vergnügungen eines meisterrundlichen Gesellenvereins, um auf die unbefähigen Gehilfen zu schimpfen. Was müssen das für Gehilfen sein, die sich in dieser Weise von ihren Meistern lobhuden lassen? Die organisierte Arbeiterschaft weiß, was sie von solchen Arbeitgebern zu halten hat; aber auch die Fleischergesellen müßte gerade dieses Vorgehen des Fleischermeisters Saupé verlassen, sich nämlich dem Centralverband anzuschließen, um ernsthaft die Verbesserung ihrer Lage anzustreben und den Verband, der zum Entsecken der Meister immer mehr an Mitgliedern gewinnt, weiter auszubauen.

L.

## Von Nah und Fern.

### Raubmord. — Skandalprozeß in Sicht.

#### Das Medium Rothe.

Berlin, 7. März. Im Vorort Tempelhof fand man gestern nachmittag unter dem Eis die Leiche des erschlagenen Dieners Gaudin. Das Gesicht des Toten zeigte schwere Hiebwunden. Gelb wurde bei demselben nicht mehr vorgefunden. Allem Anschein nach liegt Raubmord vor. Es sind von der Behörde 1000 M. Belohnung für die Ermittlung des Mörders ausgesetzt.

Gestern abend erfolgte in der Lützowstraße 85 die Verhaftung der Kupplerin Franziska Blanc-Dona nebst einer Gesellschaft von vier Frauen und einem Manne, die sich, gerade als die Kriminalbeamten einbrangen, bei einer großen Orgie befanden.

Die Untersuchung gegen das angebliche Medium Rothe nimmt großen Umfang an. Es haben sich bereits 150 Personen gemeldet, die an den Sitzungen teilnehmen und sich als gefährdet betrachten. Die Polizei entfallen eine rege Thätigkeit; es steht ein Riesenprozeß zu erwarten. Das Dunkel über der Kriminalität der bei dem Betrug verwendeten Blumen läßt sich, die Rothe hat bei Chemnitz Verwandte, welche die Gärtnerei betreiben und von diesen bezog sie das Material.

## Brüderlichkeit der Redaktion.

**Glasarbeiter.** In das Verzeichnis werden nur bedeutende Versammlungen aufgenommen, die vorher mindestens einmal in der Volkszeitung annonciert worden sind.

## Auskunft in Rechtsfragen.

**E. St.** Diese Regelung kann angefochten werden, soweit die Pflichtleibansprüche der anderen Kinder verletzt werden. Der Pflichtleib ist die Hälfte dessen, was ein Kind erbauen würde, wenn der Erblasser ohne Testament verstorben wäre.

**A. A. 30. 1.** Der Hauswirt kann über das Logis weiter verfügen. Nur wenn er für eine gewisse Zeit zweimal Mietzins erhielt, so hätte er dem ersten Mieter den entsprechenden Betrag zurückzuzahlen. 2. Ja.

## B. 100.

Der Antrag auf Absindung ist an die Berufsgenossenschaft zu richten.

**A. G. 52. 1.** Das Gesetz lädt zu, daß durch Statut sogar eine zweijährige Kündigungsschrift festgesetzt wird. Es ist also für die Beurteilung Ihres Falles das Statut der Genossenschaft maßgeblich. 2. Das betr. Areal liegt zwischen Anger-Großendorf und Stötteritz.

**H. S., Rötha.** Siehe Rötha unter Leipziger Angelegenheiten in vorliegender Nummer.

## Theaternvorstellungen.

### Neues Theater.

Freitag den 7. März: 68. Abonn.-Vorstellung (3. Seite, weiß): **Tannhäuser und Der Sängerkrieg auf der Wartburg.**

Große romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner. Regie: Ober-Musikdirektor Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Vorster, Herrmann, Landgraf von Thüringen . . . . .

Dr. Ulrich Tannhäuser

Wolfram von Eschenbach | Dr. Karl Groß

Walter von der Vogelweide | Mitter

Ulrich der Schreiber | Dr. Werner

Elmar von Zweter | Dr. Marion

Elisabeth, Nichte des Landgrafen . . . . .

Venus | Dr. Weiß

Ein junger Hirte | Dr. Baumann

Der Jäger des Landgrafen. Thüringische Mitter, Grafen und Edelsfrauen. Edelknaben, Mittere und jüngere Pilger. Sirenen, Magdal. Bachantinnen.

Ort der Handlung: Thüringen, Wartburg. — Zeit: Im Anfang des 18. Jahrhunderts.

Die Gruppierungen in der Venusgrotte, arrangiert vom Hofballmeister Herrn J. Golinoelli, werden ausgeführt von Tel. Grub, Tel. Schäfer, Hrn. Strigel, den Damen des Corps du Ballet, den Figuranten und Gewinnern der Ballettschule.

Pause nach jedem Akt.

Einlaß 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr. **Opern-Preise.**

Billet-Verkauf an der Tagessäße von 10-18 Uhr. Billet-

Verkauf für den nächsten Tag von 1-8 Uhr an der Tagessäße mit Aufsatz von 30 Pf. pro Billet.

**Spielplan:** Sonnabend: Flachsmann als Erzieher. Anfang 7 Uhr.

### Altes Theater.

Freitag den 7. März:

#### Jur Weihen Röhl.

Stückspiel in 3 Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Adelburg.

Regie: Ober-Musikdirektor Adler.

Joseph Vogelhuber, Birthe zum „Weihen Röhl“

Leopold Brandtmayer, Fahrläufer

Wilhelm Witschke, Fabrikant

Otilie, seine Tochter

Charlotte, seine Schwester

Walter Hinkelmann, Fabrikgelehrter

Märchen, seine Tochter

Dr. Otto Siebler, Rechtsanwalt

Arthur Sülzheimer

Waldi, Bettler

Rei, seine Nichte

Werner Verboch

Emmi, seine Frau

Martin Schmidt

Melanie Schmidt

Forstrat Krächer

Ein Doktor

Ein Kellner

Karl, Brieftauben

Franz, Kellner

Ein Piccolo

# 2. Beilage zu Nr. 54 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, 7. März 1902.

## Reichstag.

150. Sitzung. Donnerstag den 6. März 1902, 1 Uhr.

Amt Bundeatsch: Freiherr v. Richthofen, Dr. Stübel, Kraetzel.

Die zweite Lesung des

### Kolonialrats

wird fortgesetzt beim Etat für Ostafrika, einmalige Ausgaben.

Titel 5 verlangt als Zuschuß zu den Kosten für die Weiterführung der Telegrafenlinie Dar-es-Salaam-Mpapwa nach Tabora 168 000 Mf. Die Verbindung damit wird über den früher zurückschafften Titel 46 des Extraordinariums des Postamts beraten, der nach der Regierungsvorlage als Kostenanteil der Postverwaltung für die Herstellung dieser Telegrafenlinie Mpapwa-Tabora 602 000 Mark forderte.

Die Budgetkommission beantragt den Zuschuß des Gouvernements von Ostafrika (168 000 Mf.) zu bewilligen; den Kostenanteil der Postverwaltung dagegen nur 302 000 Mf. zu kürzen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (freif. Vp.) beantragt im Hinblick auf die schlechte Finanzlage, beide Positionen zu streichen.

Staatssekretär des Reichspostamts Kraetzel: Der Zweck der Weiterführung der Linie nach Tabora ist der Anschluß dieser Linie an die Cap-Kalottelegraphenlinie. Erst dadurch wird eine sichere Verbindung zwischen diesen Teilen unserer Kolonien und der Heimat hergestellt. Auch dürfen wir nicht die Beamten, die dort in der Gnade für uns arbeiten, plötzlich ohne Thätigkeit lassen. Ich bitte Sie also dringend, für den Etatposten zu stimmen.

Abg. Frese (freif. Vp.) bittet, dem Kommissionsbeschluß beizutreten.

Abg. Dadbach (Centr.) tritt für Ablehnung beider Positionen ein. Für die Linie würden sehr große Betriebskosten nötig sein.

Staatssekretär des Reichspostamts Kraetzel: Die Befürchtung des Vorredners trifft nicht zu, da Beamte an Postagenturen schon vorhanden sind.

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Bei Unruhen wird ein militärisches Eingreifen durch Telegraphenverbindung sehr erleichtert. Je mehr Telegraphenlinien wir haben, mit desto geringeren Mitteln können wir die Ruhe im Lande herstellen.

Damit schließt die Debatte. Bei der Position des Postamts wird die Regierungsvorlage einstimmig abgelehnt, der Kommissionsantrag angenommen. Ebenso wird die Position des Kolonialrats entsprechend dem Kommissionsbeschluß angenommen.

Der Rest des Etats für Ostafrika wird debattlos bewilligt.

Es folgt der Etat für Kamerun.

Abg. Schrempp (kons.) bringt Misshandlungen von Eingeborenen in Sprache. Einem Schwarzen wurden die Hände mit Spiritus abgeschnitten und dann der Spiritus angezündet. Wenn solche Misshandlungen vorkommen, ist es kein Wunder, wenn die Thätigkeit der Missionare so wenig Erfolg hat. Scharf zu verurteilen ist auch die Einstellung von Missionaren nach den Kolonien; für die Schwarzen der Schnaps das reine Gift. Wegen meiner im vorigen Jahre erhobenen Beschwerden bin ich von einer Privatgesellschaft, der westafrikanischen Plantagengesellschaft Victoria, scharf angegriffen worden. Ich muß diese Angriffe durchaus zurückweisen.

Abg. Prinz Erenberg (Centr.): Gegenüber einer Neuherierung des Abgeordneten Dadbach möchte ich darauf hinweisen, daß die Missionare seitens der kolonialverwaltung mit dem größten Entgegenkommen behandelt werden.

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Auch ohne die vorjährigen Anträge des Abg. Schrempp hätte ich das Erforderliche veranlaßt. Die Kolonialverwaltung ist bestrebt, den Eingeborenen die genügende Bewegungsfreiheit zu sichern. Was die bedauerlichen Verschreibungen vieler Angestellter von Plantagen anlangt, so haben die hohen Verurteilungen bestimmt gewirkt, so daß hoffentlich so traurige Vorfälle nicht wieder vorkommen.

Abg. Ledebour (Soz.): Wenn der Herr Kolonialdirektor etwas über Misshandlungen, die hier vorgebracht sind, weiß, ist er verpflichtet, uns darüber Auskunft zu geben. Ich richte deshalb an die bestimmte Frage: Ist der Fall wahr, den Herr Schrempp mir zur Sprache gebracht hat? Ist es weiter richtig, daß ein Auge gepföhlt worden ist? Abg. Bebel hat ja früher ähnlich, wie Herr Schrempp, hier beratige Anklagen vorgebracht, allerdings gerade bei den Freunden des Abg. Schrempp lebhaften Widerspruch erregt. (Schr. richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Das Haus hat doch auch ein Interesse daran, daß nicht jede unmenschliche Behandlung eines Menschen in Kamerun hier in allen Einzelheiten zur Sprache gebracht wird. Die Fälle, die die Abg. Schrempp und Ledebour hier vorgebracht haben, sind leider wahr, jedoch sind die Misschäfte mit längeren Freiheitsstrafen belegt worden.

Nach kurzer Debatte wird der Titel bewilligt; ebenso der Rest des Etats für Kamerun.

Die Etats für Togo, für Südwestafrika und für Neuguinea werden debattlos angenommen.

Es folgt der Etat für die Karolinen, Palau-Inseln und Marianen.

Abg. Dr. Wiemer (freif. Vp.): Die Mitteilungen der Denkschrift dieser neuesten Kolonie stehen in krassstem Widerspruch zu den Erklärungen, die der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hier im Reichstag gegeben hat. Herr von Bülow hat durch seine tropisch-ägyptische Vereinfachung die Mehrheit des Reichstags veranlaßt, dem Kaufvertrag zugestimmen. Das ganze Land wurde noch früher als ein ägyptischer, wenn auch noch nicht nutzbar gemachter Garten geschildert; heute erfahren wir, daß die Karolinen aus Basalt bestehen und daß der ägyptische Lebensboden größtenteils weggeschwemmt worden ist. Der ganze Viehhofstand besteht aus 17 Kündern, 14 Hühnern und 4 Schafen. Graf Bülow hat seiner Zeit im Reichstag gesagt, man solle den Karolinen und Marianen, diesen jungen Mädchen der Südsee, den Eintritt in das deutsche Reich nicht verwehren. Nur ich muß bedauern, daß sich Graf Bülow überhaupt mit diesen Mädchen eingelassen hat. (Beifall links.)

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Frhr. v. Richthofen: Nicht nur durch die Rede des Grafen Bülow läßt sich der Reichstag irrgängig, diesem Kaufvertrag zugestimmen, sondern es bestand der nationale Wunsch, die Brücke von Neu-Guinea nach den Marshallinseln nicht in fremde Hände gelangen zu lassen, sondern für Deutschland zu erwerben.

Gouverneur von Neu-Guinea v. Benuigsen: Die Denkschrift enthält allerdings viel ungünstiges, aber sie ist auf Grund der überordentlich gewissenhaften Angaben der 3 Bezirksamtmänner im Inselgebiet ausgearbeitet worden, die Wert darauf legten, die Berichte so zu gestalten, daß später keine Enttäuschung entstehen könne. Die Inseln liegen so weit auseinander, daß man sich nur sehr schwer ein Gesamtbild davon verschaffen kann. Es gibt aber dort zweifellos Inseln, die zur Bebauung gut geeignet sind. Auch ist ein Teil der Bevölkerung außerordentlich arbeitsam und willig. Die Leute auf der Insel Ponape sind allerdings sehr kriegerisch, trotzdem haben wir uns nur mit einer Polizeitruppe von 50 Mann niedergelassen und ich selbst bin ohne Gefahr in das Innere der Insel eingedrungen. Ich glaube, wir werden dort nie eine Schutztruppe brauchen, sondern immer mit einer Polizeitruppe auskommen. Auch wird man bei ruhiger Verwaltung den Reichsminister allmählich herabsetzen können. Wir sollten uns eine Ehre machen, den schönen und stolzen Polynesienschlag zur Kultur zu erziehen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Wiemer (freif. Vp.): Es ist erstaunlich, daß neuerdings eine objektivere Schätzung unserer afrikanischen Kolonien auch bei der Regierung Platz gegriffen hat. Warum aber hat man uns selber getäuscht? Die 17 Millionen sind zwecklos in die Südsee geworfen worden. Auch Deutschland hat einen schönen Menschen schlag, (Große Heiterkeit) und wir hätten besser, statt uns um die Seuchen der Polynesier zu kümmern, bei uns im Vaterland die Tuberkulose zu bekämpfen. (Beifall links.)

Staatssekretär Frhr. v. Richthofen betont, daß seiner Zeit vor allem der Wunsch vorlag, die Inseln von Neuguinea nach den Marshallinseln in einer Hand zu wissen.

Abg. Dr. Bachem (Centr.) weist auf das Steigen des Reichsabzugs für Samoa hin. Interessant ist, daß man dort bereits an die Ausgestaltung der Selbstverwaltung geht.

Abg. Dr. Hesse (nat.-lib.) begrüßt den Versuch der Selbstverwaltung, warnt aber davor, diese Versuche auf unsere anderen Kolonien auszudehnen.

Gouverneur von Samoa Dr. Wolf bleibt ausführlich Auskunft über die Selbstverwaltung in Samoa. Ein Königreich im europäischen Sinn gab es nicht. Die Gewalt der sogen. Könige reicht über die Dorsgrenze nicht hinaus. Außerhalb des Dorfes herrscht eine Art Anarchie, die aber durch altes Herkommen geregt wird. In diese Familienvorstellung haben wir bei der Einführung der Selbstverwaltung angelinigt. Zwei Parteien standen sich in Samoa gegenüber, die Mataasapartei als Majoritäts- und die Malietoapartei als Minoritätsgruppe. Die Mataasapartei glaubte unter deutscher Herrschaft ihre Gegner niederschlagen zu können. Das konnte natürlich nicht Aufgabe des Gouvernements sein. Seine Aufgabe war vielmehr, die streitenden Parteien zu versöhnen.

Selbstdem sind Feindseligkeiten und Unruhen nicht mehr vorgekommen und ebenso wenig werden die Samoaner eine Rebellion gegen die Deutschen wagen, dazu sind sie zu flug. Was die Selbstverwaltung anlangt, so ist Samoa in sog. Distrikte eingeteilt und jedem dieser Distrikte ist ein Vorsteher zugegeben. Der Distriktsvorsteher ist wieder in Ortschaften, die auch ihre Vorsteher haben, eine Art Ortschefs. Die Samoaner sind ziemlich gescheite Leute. Die Distriktschäuler und Ortschefs kamen bald auf den Gedanken, daß sie Kaiserliche Beamte seien. (Heiterkeit.) Sie wollten deshalb wie der Gouverneur und die Kolonialbeamten Gehälter haben. (Sturmische Heiterkeit.) Daraufhin hielt ich ihnen eine Vorlesung über den Begriff des Gehaltes, der eine Leistung für eine Gegenleistung sei. Das verstanden die Eingeborenen nicht. (Heiterkeit.) Sie wollten das Geld einfach auf Grund des Titels haben. (Große Heiterkeit.) Auf einer Reise bekehrte ich sie nun, daß Arbeit keine Schande sei und daß sie für eine besondere Leistung auch eine besondere Belohnung erhalten würden. Dies begriffen die hohen Häuptlinge. Die 40 000 Mark Kopfsteuer sind auf folgende Weise aufgebracht worden. Ich sagte zu den Häuptlingen: Ihr müßt Steuern bezahlen, wenn Ihr Gehalt haben wollt. Die Steuern wurden dann auch immer bezahlt. Ja die Häuptlinge kamen mit einem Antrage, die Steuern auch von Frauen und Kindern zu erheben, damit ihre Gehälter erhoben werden könnten. (Sturmische Heiterkeit.) Die 40 000 Mark sollen aber nicht nur als Gehalt ausgezahlt werden, sondern auch zu Lehr- und Festgeschenken für die Samoaner, die sich dazu verstecken, Wege zu bauen. Gerade im Wegebau haben wir große Fortschritte erzielt. Dafür soll die Summe in erster Linie verwendet werden. Wir haben den Leuten für guten Wegebau sogar Wagen verkauft. (Heiterkeit.) Besonders eifrig häuplinge haben die Wege so bauen lassen, daß sie womöglich einen größeren Wagen bekommen. (Heiterkeit.)

Ich hoffe, daß Sie nach all dem dem Gouverneur in Bezug auf die Eingeborenenverwaltung etwas Läßtige erlauben. Bei den Samoanern wird man mit Liebesgaben viel besser, als mit Gewalt. Ich kann Ihnen die Werke der Südsee; ich kann Sie nur bitten, bei der Fassung dieser Werke nicht allzu sehr am Gold zu sparen zu wollen. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Der Etat für Samoa wird bewilligt, ebenso debattlos der Etat für die Kolonien.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Vorlage betr. die Übernahme einer Reichsgarantie für eine Bahn von Dar-es-Salaam nach Mgororo; außerdem die noch nicht erledigten Statuteile der Reichsschulden, der Zölle etc. zur 2. Lesung.

33. Sitzung der Zolltarifkommission.

(Eigenbericht der Leipziger Volkszeitung.)

Berlin, 6. März 1902.

Der Vorsitzende giebt bei Beginn der Sitzung den Wortlaut der vereinbarten Geschäftsordnungsbestimmungen bekannt.

Dann erstattet Broekmann (Centr.) Bericht über die Petitionen zu Position 16: Baumwollzäune etc. frei. Die Position wird ohne Debatte angenommen.

Zu Position 17: Andere nicht besondere genannte Delzäune und Delfrüchte 2 Mf. pro Doppelcentner — beantragen.

Antritt u. Gen.: Zollfrei.

Mollenbuhr: Es ist sonderbar, wie man unbekannte Dinge zu bestimmen sucht. Niemanden haben wir in voriger Position freigelassen. Wenn nun etwas gefunden wird, daß besser wirkt wie Niemand, soll das sofort besteuert werden. Oder betrachtet man diese unbekannten Sachen als Kompensationsobjekte für die Handelsverträge?

Geheimrat Joahnnes: Man kann nicht übersehen, was im Laufe der Zeit für Delfrüchte auf dem Markt erscheinen, deshalb müssen wir uns vorsehen. Es gibt in tropischen Ländern noch eine ganze Reihe von Delfrütsplanzen, die noch nutzbar gemacht werden können.

v. Kardorff: Mollenbuhr entgegen, der aber dem

Abg. Kardorff den Wortlaut der Motive entgegenhält, die da sagen, daß dem Wettbewerb neu auftauchender Delfrüchte willkommen entgegengesetzt werden soll.

In der Abstimmung wird die Position nach der Regierungsvorlage angenommen.

Zu Pos. 18: Rottleesaat, Weißleesaat und andere Kleesäen 5 Mf. beantragen Antritt u. Gen.: Zollfrei.

Stolle begründet den Antrag. Die Kleinbauern werden ungemein geschädigt, wenn man ihnen erst die Buttermittel, nun sogar noch das Saatgut zu Futtermitteln durch Zölle verteuert.

Warum wollen Sie den auswärtigen Kleesamen verteuern?

Um den Kleinbauern vor geringwertigem Kleesamen zu schützen?

So dummkopf ist der Kleinbauer nicht, nach schlechtem Saatgut zu greifen, wenn er guten deutschen Kleesamen haben kann. Und die Samenzüchter?

Nun, bauen die guten Saatgut, haben sie keinen Schuhzoll nötig.

Wollten wir boshaft sein, dann könnten wir Sie gewöhnen, daß Sie die kleinen Bauern werden bald genug einzehen, wie sie von Ihnen geschädigt werden. Aber wir müssen Schaden zu verhindern suchen, darum stellen wir unseren Antrag, den ich anzunehmen bitte.

Geheimrat Joahnnes erachtet ebenfalls, die Anträge abzulehnen. Nedner erklärt die handelspolitischen Gründe, die für die Zollfreiheit der Kartoffeln maßgeblich seien.

Antritt: Wir sind in der angenommenen Lage, hier die Regierungsvorlage zu unterstützen. Richtig ist, wie Graf Posadowsky klarstellte hat, daß die Angaben v. Wangenheim über die Einfuhr falsch sind, darum sind auch die Gründe für seinen Antrag hinfällig.

Man kann die ausländischen Frühkartoffeln nicht ohne weiteres als Augustkartoffeln bezeichnen.

In den Monaten Mai, Juni, Juli sinken die Preise so, daß sie auch von Handwerkern und besser studierten Arbeitern den alten Kartoffeln, die um diese Zeit viel billiger haben, vorgezogen werden.

Der Zoll verteuert auch die ausländischen Samenkartoffeln. Die Agrarier wollen unbedingt eine Preissteigerung der Kartoffeln.

wenn nicht, dann braucht man auch keinen Zoll.

Müller-Sagan tritt für die Regierungsvorlage ein.

Man will den kleinen Leuten, die Frühkartoffeln bauen, mit den Anträgen auf Zoll Sand in die Augen sternen.

Herold: Die leichten beiden Vorredner haben mir zum Teil Recht gegeben. (Widerstreit.) Wie wollen keine Preissteigerung, sondern nur den Anbau von Frühkartoffeln im Inland fördern. Redner wendet sich dann gegen die Ausschreibungen des Staatssekretärs Graf Posadowsky.

v. Wangenheim ist polemisiert gegen den Staatssekretär.

Ein Schlussantrag wird mit 18 gegen 11 Stimmen angenommen.

Der Antrag Wangenheims wird abgelehnt; der Antrag Herold u. Gen. wird mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen.

Zu Pos. 24 beantragen Antritt u. Gen. Zollfreiheit für getrocknete Butter-, Wasser- und sonstige Nüsse, Möhren.

Stadthagen begründet den Antrag, der abgelehnt, und die Regierungsvorlage angenommen wird, die 1 Mf. Zoll pro Doppelcentner auflegt.

Dasselbe wiederholt sich bei Pos. 25, Zuckerrüben. (Zoll 1 Mf.)

Zu Pos. 26, Eichorien getrocknet 2 Mf. pro Doppelcentner.

beantragt v. Wangenheim: Eichorien frisch 1.50 Mf., getrocknet 2.50 Mf.; Müller-Meiningen: Eichorien frisch — frei, getrocknet 1 Mf.; Antritt u. Gen. beantragen: Eichorien getrocknet — frei.

Die Regierungsvorlage wird von Geheimrat Vermuth verfeindigt.

v. Wangenheim will mit seinem Antrag den deutschen Eichorienbau fördern. Mollenbuhr begründet den Antrag Antritt u. Gen.

In der Abstimmung werden alle Anträge abgelehnt und die Regierungsvorlage angenommen.

Müller-Sagan regt die Frage an, wie die Kommission nach der Vertragung des Plenums während dieser Vertragung arbeiten will.

Gamp schneidet dabei die Diätenfrage an.

Wiemer ist nicht für Tagung über das Plenum hinaus.

Redner will auch nicht Sonnabend und Montag, wie Gamp vorschlägt, tagen.

Graf Schwerin hält die Frage nicht für spruchreif. Es müßte in den Fraktionen darüber gesprochen werden.

v. Wangenheim wünscht, so lange das Abgeordnetenhaus tagt, auch die Kommission zusammenzuhalten.

Span will mit dem Plenum schließen, aber acht Tage früher als das Plenum die Ferien der Kommission beenden.

Graf Kanitz ist für den Vorschlag Span, spricht

# Coburger Hof.

Teleph. I, 433. Leipzig, Windmühlenstr. Teleph. I, 433.  
Allen geehrten Freunden und Gewerkschaften empfiehle meine Lokalitäten  
zur geselligen Benutzung. Keine Asphalt-Riegelbahn. Billard.  
Empfiehle meinen guten preiswerten Mittagstisch mit Bier 50 Pf.  
Stamm zu jeder Tageszeit. Große Auswahl in Speisen. Kleine Preise.  
50 gute Betten zu soliden Preisen. [8892]

Hochachtend Kannegiesser.

# Bürgergarten Brüderstr. No. II

(Inh.: Max Trents)  
empfiehlt vorzügl. Mittagstisch, warme und kalte Speisen.  
ff. Lager- und Bäuerlich Bier, Dönniger Gose sc.  
Gewerkschaftslokal der Maler, Schneider und Tapizerer.

Johannisgasse 23 Restaurant E. Stöcklein Johannisgasse 23  
empfiehlt Freunden und Bekannten seine freundlichen Lokalitäten,  
kräft. Mittagstisch mit Bier 50 Pf. ff. Lagerbier von Gebr. Ulrich, Stötterich.  
Jeden Sonnabend Schweinsknochen.

**Wo ist die Kulmbacher Bierstube Zur Altensteiner Höhle?**  
Brühl 11, im goldenen Hufeisen, im Hofe.

Nähe Altensteiner Str. Restaurant Quetsche Geburgstraße 70.

Empfiehle meiner geehrten Nachbarschaft, Freunden und Bekannten mein originales Kneiplokal. Zum Ausschank gelangt Lagerbier aus der Brauerei F. A. Ulrich, echt Bäuerlich u. Gose. Warme u. kalte Speisen zu jeder Zeit. Ruhstallische Unterhaltung. Aufmerksame Bedienung. [7652]

Um gültigen Anspruch bitten Edwin Frische.

# Achtung!

Laurhaus, früher Johannisplatz, eröffnet wieder 10. März.

# Zum gemütlichen Ritter

Glockenstr. 4 früher Jägers Restauration Glockenstr. 4.  
Allen geehrten Freunden und Gewerkschaften empfiehle meine neu renovierten Lokalitäten zur gesell. Benutzung. Französische Billard.  
Mittagstisch mit Bier 50 Pf. Große Auswahl in Speisen.  
Jeden Sonnabend Schweinsknochen. Vereinzelt immer noch einige Tage frei.  
Hochachtend Franz Ritter. [1178]

Restaurant Körnerschlösschen Körnerstrasse 36.  
Empfiehlt ff. Biere, kräftigen Mittagstisch, sowie jeden Sonnabend Schweinsknochen. [1814] Achtungsvoll Alfred Dietze.

Saxonia, L.-Plagwitz Zschochersche und Schmiedestr. - Ecke.  
Freundliches Lokal. Speisen und Getränke „Wie Lust“. In bekannter Güte: kräftigen Mittagstisch! Es lädt freundlich ein [1470] Goorg Schröder.

Restaurant National, Plagwitz, Karl Heine Straße 71  
empfiehlt seine lokalen Lokalitäten. Lagerbier, ff. Naumannsches, Bäuerlich (Gebr. Helschmann, Kulmbach). Spezialität: Spanische Weine in Flaschen u. Gläsern vom Fach. Kräftigen Bürgerl. Mittagstisch. Hochachtungsvoll Karl Müller.

Restaurant Vater Jahn Plagwitz Mühlenstr. 9.  
Empfiehle meinen kräftigen Mittagstisch, sowie alle Sonnabend ff. Schweinsknochen. [1445] Achtungsvoll Siegel Paul.

Restaurant Kamerun, Plagwitz, Nonnenstr. Nr. 52  
empfiehlt seine freundlichen Lokalitäten. Speisen und Getränke hochsel. Sonnabends Schweinsknochen, Sonntags Speckfleisch. Hochachtungsvoll Herm. Richter.

Sonntag den 8. März:  
Lektor Anstich des so berühmten Zwenkauer Bockbieres.  
Sonntag: humoristische Vorträge, Bockbier und selbstgebackene Pfannkuchen. [2198]  
Hierzu lädt ergebenst ein Der Obige.

Stadt Lützen, L.-Lindenau Lützener Str. 85.  
Sonnabend den 8. März Gr. Humorabend v. Segelflug d. Rundmacher. Einladung. 9. März Letzte Ballmusik vor Ostern. Hierzu lädt ein Rudolf Neuhold.

Sonntag den 16. März: Großes Prämienaussegeln.  
Restaurant Drei Linden, Kleinzschocher Plagwitzer Str. 58.

Sonntag den Pfannkuchen-Schmaus u. lecker Anstich von Bockbier. Hierzu lädt ganz ergebenst ein Max Lässig. [2232]

Kleinzschocher Albertsburg Kleinzschocher Ecke Albert- u. Gust. Adolf-Str.  
Empfiehle meine freundlichen Lokalitäten zur geselligen Benutzung. Großes und kleines Gesellschaftszimmer frei. Sonnabends Schweinsknochen, Sonntags Speckfleisch. [10814] Achtungsvoll Karl Holzapfel.

Markranstädter Konzert- und Ballsaal Stadt Leipzig.  
Empfiehle allen geehrten Freunden und Bekannten, sowie der ländl. Einwohner-Gast von hier und Um, meine freundl. Lokalitäten zur gesell. Benutzung. Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. öffentliche Ballmusik. Hochachtungsvoll H. Riedel.

Zur Amsel, Leipzig-Gohlis Mädkerstr. 2, Breitenfelder Str.  
Inh.: Hermann Schlegel.

Empfiehle meine freundlichen Lokalitäten. Mittagstisch, ff. Büschenaer Lagerbier, Dönniger Gose, Pehbräu. Jeden Sonnabend Schweinsknochen, Sonntags Speckfleisch. [1448]

**Gasthof Dresden Hof,** Wurzener Str. 52.  
Morgen Großes Schlachtfest. Von 9 Uhr an Wurst, später frische Wurst.  
Täglich bürgerl. Mittagstisch von 80 Pf. an. Stehbierhalle mit Trinkstube. Neueröffnung! Sonntags Spezialität: Sauerbraten mit Thüringer Käse.

**Restaurant zur Burg, Schönefeld,** Sonntag den 9. März Grosses gesellschaftliches Schweinauskegeln.  
ff. Biere und Speisen in bekannter Güte. Es lädt freundlich ein [2244] Karl Wolf.

**Neuer Gasthof Paunsdorf,** Schönstes u. größtes Establissement der Umgegend. — Telefon 1581. Rechter Zug ab Paunsdorf-Leipzig 12,8 Min.

**Sonntag den 9. März** Humoristische Abend-Unterhaltung mit Ball des Turnvereins Einigkeit, Paunsdorf.

Ausgang 4 Uhr. Eintritt 20 Pf., im Vorverkauf 15 Pf. Die Turnstunden des Vereins finden Dienstag u. Freitag von 9-10 Uhr abends im Gutspark statt.

Runden, die ihr Konto erledigt haben, und Beamte erhalten Waren ohne Anzahlung.

**Möbel**

Büffets, Schreibtische, Vertikows, Kleiderschränke, Küchenschränke, Tische, Stühle sc., Garnituren, Panel-Sofas u. Ottomaneen, Spiegel, Trumeaus von der einfachsten bis zur elegantesten Einrichtung.

Federbetten — Schlafdecken Herren-, Damen- und Konfirmanden-Anzüge, Kleider für Konfirmandinnen, Damens- und Kinder-Garderobe Kostumes, Kinderkleider, Teppiche, Kleiderstoffe in schwarz und farbig zur Konfirmation Kinderwagen, Uhren, Schirme, Hüte, Stiefel 1962]

**Abzahlung** zu den denkbar leichtesten Bedingungen bei

**Hermann Liebau**

Turnerstraße 27, 1. Etage.

Runden, die ihr Konto erledigt haben, und Beamte erhalten Waren ohne Anzahlung.

**Vitello** Welche kluge Hausfrau? gebraucht heute wohl etwas anderes, als die beliebte Butter?

**Vitello-Margarine** hergestellt nach D. R.-P. 97057 aus feinstem Rindfett, vorbuttert mit Milch u. ff. Sahne, verfeinert durch Zusatz von frischem Eigelb ist bester Ersatz für Naturbutter.

Alleinige Fabrikanten: **Van den Bergh's** Margarine-Gesellschaft m. b. H. Cleve. [667]

**Specialität.** 1. vollfleischige, ausgemästete höchste Schlachtwerte bis zu 6 Jahren  
2. junge fleischige, nicht ausgemästete ältere ausgemästete  
3. mäsig genährt junge; gut genährt ältere  
4. gering genährt jeden Alters

**Kälber:** 1. vollfleischige ausgemästete Kalben höchste Schlachtwerte  
2. vollfleischige, ausgemästete Kälbe höchste Schlachtwerte bis zu 7 Jahren  
3. ältere ausgemästete Kälbe u. wenig gut entwickelte jüngere Kälbe und Kalben

**Bullen:** 4. mäsig genährt Kälbe und Kalben  
5. gering genährt Kälbe und Kalben  
1. vollfleischige höchste Schlachtwerte  
2. mäsig genährt jüngere und gut genährt ältere

**Schafe:** 1. feinste Wahl (Vollmilch-Wahl) und beste Saugfälber  
2. mittlere Wahl und gute Saugfälber  
3. geringe Saugfälber  
4. ältere gering genährt (Greiser)

**Schweine:** 1. Wurstkämmel und jüngere Wurstkämmel  
2. ältere Wurstkämmel  
3. mäsig genährt Hammel und Schafe (Werschafe)  
1. vollfleischige der seltenen Rassen u. deren Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahren  
2. fleischige  
3. gering entwickelte, sowie Sauen und Eber  
4. ausländische (aus)

**o) Verkauf:** 110 Rinder u. zwar 28 Ochsen, 5 Kalben, 40 Kälbe, 39 Bullen langsam  
845 Kälber  
240 Schafe  
981 Schweine } gut

1 prächt. Bettstelle, Matratze, Ober-, Unterbett u. Kissen, zusammen für 28,- sofort zu verkaufen, Brühl 46/48, Vorberh. Popp, Panorama, Rossmayr. [1848]

gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

**Bund der Arbeiter-Vereine.**

**Arbeiterverein Leipzig.**  
Vereinstat: Große Fleischergasse  
(Stadt Gotha).

Sonnabend, 8. März, abends 19 Uhr  
Redebeitrag und Diskussion.

Sonntag den 9. März abends 8 Uhr  
im Saal des Coburger Hof.

**Kunst-Abend.**

Ausführung von 72 fotolierten Lichtbildern  
aus der Maler-, Bildhauer- und Baukunst  
des 19. Jahrhunderts mit erläuterndem  
Vortrag. Vergleich zwischen Lichtbildern  
und Meisterbildern. Gesänge, Recitation  
und Musikvorträge. Eintritt für jeden  
zehn Pfennig.

Die 2. Aufführung von Dr. Klaus  
findet Sonntag den 16. März statt.  
Der Vorstand.

**Arb.-Verein Stötteritz**  
und Umgegend.

Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
Geselll. Vereins-Versammlung  
im Deutschen Haus.

T.O.: 1. Der Nachlass von Marx,  
Engels und Lassalle. Referent: Gen.  
Jacob-Löpzig. 2. Diskussion. 3. Ver-  
schiedenes.

Ziemlich zahlreichen Erscheinen steht ent-  
gegen. Der Vorstand.

Gäste herzlich willkommen.

**Arbeiterverein**

**Probsteida.**  
Sonntag den 16. März abends 7 Uhr  
im kleinen Saale des Gasthauses  
Geselllicher Lichtbilder-Vortrag  
über Südafrika.

Zahlreichem Besuch findet freundlichst  
ein. Der Vorstand.

**Arbeiter-Verein**

**Liebertwolkwitz.**  
Sonntag den 9. März abends 8 Uhr  
**Vortrag** über  
die wissenschaftliche Grundlage des So-  
zialismus.

Zahlreichen Besuch erwartet.  
Der Vorstand.

**Volkssbildungs-Verein**

**Markleeberg u. Umg.**  
Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Gasthof Rühl.

Zahlreichem Erscheinen erwartet.  
Der Vorstand.

**Arbeiter-Verein Wahren**

Sonntag den 9. März 1902  
**Feier des IX. Stiftungs-Festes**  
im Saale des Birkenschlösschens.

Einlass 3 Uhr. Anfang 4 Uhr.  
Die Mitglieder und deren Angehörige werden hiermit freundlichst ein-  
geladen.

Der Vorstand.

**Maler und Lackierer.**

Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Einzelmitglieder-Versammlung**  
im Restaurant Bürgergarten, Brüderstr. 11.

Tagesordnung: 1. Der Provinzialtag zu Zwickau; Anträge zu demselben.  
2. Wahl von zwei Delegierten. 3. Gewerkschaftliches.

Zahlreichem Besuch erwartet.

Das Agitationsteam.

**Achtung, Dachdecker.**

Sonnabend den 8. März abends 8 Uhr  
**Öffentl. Versammlung**

im Coburger Hof, Windmühlenstrasse.  
Tagesordnung: 1. Bericht vom Gesellenausschuss und Ergänzungswahl  
zur. 2. Gewerkschaftliches.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig; auch Nichtverbandsmitglieder  
sind eingeladen.

Der Vorstand.

**Maschinisten u. Heizer**

(Deutscher Verband).  
Sonntag den 9. März nachmittags 3 Uhr  
**Öffentl. Versammlung**

in Stadt Hannover, Seeburgstraße.

Tagesordnung wird bei Beginn der Versammlung bekannt gegeben.  
Bei Quartalsabschluss werden die Kollegen auf § 6, Absatz 2, außerordentlich gemacht.  
Zahlreiches und zahlreiches Erscheinen notwendig.

Das Agitationsteam.

**Metallarbeiter.**

Sonntag den 9. März vormittags 11 Uhr im Alten Gasthof  
Lentzsch. **Öffentliche Versammlung.**

Tagesordnung: 1. Vortrag: Der Einfluss der Konjunktur auf die  
Lebenslage der Arbeiter. 2. Gewerkschaftliches.

Das Agitationsteam Leipzig-West.

**Arbeiterverein Döllitz.**

Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Versammlung.**  
Zahlreiches Erscheinen erwartet. D. V.

**Gemeinnütziger Verein Gaußsch.**

Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Versammlung**  
im Thüringer Hof.

1636] Der Vorstand.

Sonntag den 9. März 1902  
abends 7 Uhr

**Rente-Abend**

in Matthäus Gasthof.  
1. Vortrag über: Fr. Reiters Leben  
vom Gen. Honig. 2. Vorlesungen aus  
Reiters Werken.

**Gemeinnütziger Verein L.-Eutritsch.**

Sonnabend den 9. März  
abends 6 Uhr

**Familien-Abend**

in Hoyers Restaurant  
Lindenstraße 29.  
Zahlreiches Besuch erwartet

2206] Der Vorstand.

**Arbeiterverein Möckern**

und Umgegend.  
Sonnabend den 8. März abends 19 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung.**

T.O.: 1. Vortrag des Genossen Ober-  
über: Goethe und seine Zeit. 2. Ver-  
eins-Angelegenheiten.

Um zahlreichem Erscheinen erachtet  
2208] Der Vorstand.

**Arb.-Verein Wahren.**

Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Vereinslokal Birkenschlößchen.  
Ausstellung von Meisterbildern aus  
dem Verlag des Kunstwart.

Zahlreichem Besuch erwartet  
2209] Der Vorstand.

**Arb.-Verein Hänichen**

und Umgegend.  
Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Vereinslokal.

Zahlreichem Erscheinen erforderlich  
2210] Der Vorstand.

**Arbeiter-Verein Wahren**

Sonntag den 9. März 1902  
**Feier des IX. Stiftungs-Festes**  
im Saale des Birkenschlößchens.

Einlass 3 Uhr. Anfang 4 Uhr.  
Die Mitglieder und deren Angehörige werden hiermit freundlichst ein-  
geladen.

Der Vorstand.

**Maler und Lackierer.**

Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Einzelmitglieder-Versammlung**

im Restaurant Bürgergarten, Brüderstr. 11.

Tagesordnung: 1. Der Provinzialtag zu Zwickau; Anträge zu demselben.  
2. Wahl von zwei Delegierten. 3. Gewerkschaftliches.

Zahlreichem Besuch erwartet.

Das Agitationsteam.

**Achtung, Dachdecker.**

Sonnabend den 8. März abends 8 Uhr  
**Öffentl. Versammlung**

im Coburger Hof, Windmühlenstrasse.

Tagesordnung wird bei Beginn der Versammlung bekannt gegeben.  
Bei Quartalsabschluss werden die Kollegen auf § 6, Absatz 2, außerordentlich gemacht.

Zahlreiches und zahlreiches Erscheinen notwendig.

Das Agitationsteam.

**Maschinisten u. Heizer**

(Deutscher Verband).  
Sonntag den 9. März nachmittags 3 Uhr  
**Öffentl. Versammlung**

in Stadt Hannover, Seeburgstraße.

Tagesordnung wird bei Beginn der Versammlung bekannt gegeben.  
Bei Quartalsabschluss werden die Kollegen auf § 6, Absatz 2, außerordentlich gemacht.

Zahlreiches und zahlreiches Erscheinen notwendig.

Das Agitationsteam Leipzig-West.

**Arbeiterverein Döllitz.**

Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Versammlung.**  
Zahlreiches Erscheinen erwartet. D. V.

**Gemeinnütziger Verein**

Gaußsch.  
Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Versammlung**

1636] Der Vorstand.

**Gemeinnütziger Verein**

Gaußsch.  
Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Versammlung**

1636] Der Vorstand.

**Gemeinnütziger Verein**

Gaußsch.  
Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Versammlung**

1636] Der Vorstand.

**Gemeinnütziger Verein**

Gaußsch.  
Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Versammlung**

1636] Der Vorstand.

**Gemeinnütziger Verein**

Gaußsch.  
Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Versammlung**

1636] Der Vorstand.

**Gemeinnütziger Verein**

Gaußsch.  
Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Versammlung**

1636] Der Vorstand.

**Gemeinnütziger Verein**

Gaußsch.  
Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Versammlung**

1636] Der Vorstand.

**Gemeinnütziger Verein**

Gaußsch.  
Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Versammlung**

1636] Der Vorstand.

**Gemeinnütziger Verein**

Gaußsch.  
Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Versammlung**

1636] Der Vorstand.

**Gemeinnütziger Verein**

Gaußsch.  
Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Versammlung**

1636] Der Vorstand.

**Gemeinnütziger Verein**

Gaußsch.  
Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Versammlung**

1636] Der Vorstand.

**Gemeinnütziger Verein**

Gaußsch.  
Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Versammlung**

1636] Der Vorstand.

**Gemeinnütziger Verein**

Gaußsch.  
Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Versammlung**

1636] Der Vorstand.

**Gemeinnütziger Verein**

Gaußsch.  
Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Versammlung**

1636] Der Vorstand.

**Gemeinnütziger Verein**

Gaußsch.  
Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Versammlung**

1636] Der Vorstand.

**Gemeinnütziger Verein**

Gaußsch.  
Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Versammlung**

1636] Der Vorstand.

**Gemeinnütziger Verein**

Gaußsch.  
Sonnabend den 8. März abends 9 Uhr  
**Versammlung**

1636] Der Vorstand.

# Konsumentverein L.-Plagwitz u. Umg.

(Gingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)  
Der Zinsschein No. 3 unserer 4% prozent. Tellobligationen, am 31. März 1902 fällig, wird von heute ab an unserer Kasse bezahlt.  
L.-Plagwitz, den 6. März 1902.  
2234)

## Der Vorstand.

# Beste Samen

bei  
**August Held**

Inhaber: Malvine Held  
Neumarkt 12 Leipzig Neumarkt 12  
zu haben. [2224]

# Gohliser Möbelhalle v. Herm. Fontius

Ausf. hallesche Str. 106 L.-Gohlis Ausf. hallesche Str. 106  
anerkannt leistungsfähige Möbelbezugssquelle, liefert ganze Wohnungseinrichtungen wie einzelne Möbelstücke in dauerhafter, solider Ausführung zu äußerst unheimbaren Preisen, frei 10 Stunden im Umkreis von Leipzig.

für Brautleute ganz besonders zu empfehlen.

Preislisten portofrei. [2190]

Preislisten portofrei.

## Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Soeben erschien:

### Die Frauenfrage

Ihre gesellschaftliche Entwicklung und ihre wirtschaftliche Seite.

Von Lily Baum.

Preis brosch. M 10.—, geb. M 12.—.

Dieses Buch gibt in seinem ersten Abschnitt in fünf Kapiteln eine Geschichte der Entwicklung der Frauenfrage und der Frauenbewegung von den ältesten Zeiten bis zum 19. Jahrhundert.

Der zweite Abschnitt behandelt in neun Kapiteln die wirtschaftliche Seite der Frauenfrage, schlägt die ökonomische Lage der Frau, bespricht die sozialpolitische Gesetzgebung und wirkt einen Ausblick auf die Bedingungen, unter denen eine organische Lösung der Frauenfrage möglich ist.

**Putze  
nur mit  
Globus.  
Putz-  
Extract.**



Million-Uhren, Nickel M 6.50  
Silb. Herren-Remont.-Uhren 12.—  
Silb. Damen-Remont.-Uhren 12.—  
Gold. Damen-Remont.-Uhren 19.—  
Regulat., 1/2, u. voll schlag. 15.—  
Moderne Wanduhren 20.—  
Weker, gute Qualität 8.—  
Konfirmanden-Anzüge 8.—  
Burschen-Anzüge, 7—18 J., 61/2, M.  
Anaben-Anzüge, 2—6 Jahr, 31/2, M.

**Gustav Kaniss**  
Uhren- und  
Goldwaren-Handlung  
6 Tauchaer Straße 6.

Gelegenheitskäufe! —  
Neu u. getr. Herrn, u. Dam., Kinderoberteile, Arbeitsob., Schuhw., Wbb., Kosser, Uhren, Wassen u. lauft u. verkauft sowie Auktionsalben aller Art übernimmt billigst. **W. Lory**, Lindenau, Gutsmuthstr. 19 (früher Leipzig, M. Fleischergasse 11). [2146]

**Schul-** ranzen taschen mappen  
**Holz- und Handkoffer**  
alle Leberwaren in großer Auswahl.  
Eigene Fabrikate. Billigste Preise.  
**Oswald Bache**  
Windmühlenstr. 47, am Bayer. Bahnhof.



**Das grösste  
Hut- und Mützenlager**  
für Herren und Knaben von billigen  
bis teueren Qual. hat umstreitig der  
**Strassburger Hut-Bazar**  
Jub.: Gustav Lange  
1. Geis. Grünauer Steinweg 15  
2. Geis. Windmühlenstraße 24  
3. Geis. Peterssteinweg 3  
4. Geis. Wintergartenstraße 11.  
Verlämmen Sie nicht, vor Einkauf  
meine Schaufenster zu besichtigen.  
Konfirmanden-Hüte, Schirme.  
Neu aufgenommen: Schülermützen.



# Billige Fische.

Schellfisch ohne Kopf, Pf. 30 Pf.  
Gäbliau ohne Kopf, Pf. 30 Pf.  
sowie alle anderen Sorten

# Seefische

zum billigsten Tagespreise

# Deutsche Dampffischerei- Gesellschaft Nordsee

25 Reichsstraße 25.

# Billige Fische!

Schellfisch, Pfund 20 u. 25 M

Gäbliau, Zander empfiehlt

Robert Funke, Lindenau

Ecke Gundorfer u. Wettinerstraße.

Frische grüne Heringe

Moderu, 38 Kirchbergstr. 38.

Gute frische Fleisch- u. Wurstwaren

empfiehlt in besserer Qualität

Ch. Mühl, Körnerstraße 44.

# Kaft sicht!

Viel unter Preis.

Gieg. Monatsgarderobe, getr. fast neu  
Ausg.-Anzüge, einz. Sakkos.

Jahres- und Sommer-Paleto's

von 7½, 8, 9, 10, 11, 12—24 M.

Konfirmanden-Anzüge 8 M.

Burschen-Anzüge, 7—18 J., 61/2, M.

Anaben-Anzüge, 2—6 Jahr, 31/2, M.

Unterricht eröffnet, jeder

Tageszeit, auch Sonntags

Herrn, Bärt., Brautstr. 25

Walzer Lehre i. 2 Stund.

grundlich. Extraktur für Contra findet

seinen Mittwoch statt.

# Feld pachtweise

zu Gartenzwecken billig.

Stötterich, Hauptstraße 23.

# Käufe und Verkäufe.

Dauerhafte Bettstellen mit guten

Sprungfedern-Matratzen (beide Arten) 25 M. [516

Dresdener Straße 23, Seitengeb. I.

G. Böhml, Tapezier. (vis-a-vis Pantheon).

Lenzschij, Gartenstraße 1

Ecke Lindenauer Straße

Möbel-Magazin [1830

Oskar Lorenz, Tapezierer u. Dekorateur.

Grosses Lager stilgerechter preiswerter

Spezialgeschäft für komplexe

moderne Zimmereinrichtungen. Verkauf

einzelner Möbel. Transport frei.

Musik auch Sonntags gestattet.

Pilsch-Ottom. 20, Schränke 16.

Bettst. m. Matr. 18 M. Burgstr. 9, I.

Geb. Kleid.-u. Küchsohr., Ottom., Bettst.m.M.

Spieg. bill. u. Lind., Gutsmuthsstr. 31, II. L.

Neue Ottomane, Bettstellen mit Matratze

spottbillig Neustadt, Mariannenstr. 38, II.

Hand- u. Geschäftsw.v.b. Neust. Kirchstr. 67

Peters Union-Pneumatik ist der Beste.

1. Qual. Luftschlauch 4,50, Lautsprecher

7,50 M. 1 Jahr Garantie. Prima Laub.

6,25 M. Lunkwitz, Gohlis, Blumenstr. 71, II.

Neues Wohnhaus in Eutin, am Wasser

gel., bill. zu pf. Sellerh., Edelstr. 20, III. L.

Gebrauchtes Sofa zu verkaufen.

Eberhardstraße 13, I. L.

Neue u. gebrauchte Möbel, Betten

verkaufst Lind., Lüdener Str. 22, v. u. 1. Et.

Kom. 10, Kinderbettst. 3, Sofa 10, Auszieh-

tisch 10, B. m. M. 10. Li., Lüdener Str. 50, p.

Schränke, p. als Vereinschr. 1. Anjel.

bill. u. verl. Gohlis, Blumenstr. 93, III. M.

Guterh. Kinderwagen m. Decke billig zu

verkaufen, Volkstr., Bergstraße 29, II. R.

Guterh. Kinderwagen zu verkaufen,

Schöneselb, Dimpfelstraße 66, II. L.

Kinderwagen mit Gummireifen zu ver-

kaufen. Sellerh., Edelstraße 7, III. L.

Gebrauchter Kinderwagen zu verkaufen.

Schöneselb, Dimpfelstraße 66, IV. L.

Guterh. Kinderw. m. Gummireifen zu ver-

kaufen. Quedlinstr. 28, III. R.

Guterh. Kinderwagen m. Gummireifen

bill. u. verl. Neufl., Eisenbahnstr. 15, III. L.

Schwangerenbillig zu verkaufen.

Sellerhausen, Grenzstraße 10, I. L.

Fast neuer roter Sportwagen zu ver-

kaufen. Plagwitz, Mühlstraße 33, II. L.

1. et. Kinderwagenbillig zum Jahren zu

verkaufen. Schenkenstr. 21, D. H. III. r.

Gartenlaube u. verschiedene Sträucher

billig zu verl. Gohlis, Lange Str. 22, III. L.

Waschgefäße, Pökelfässer. Weißstr. 56, G.

# Schnellsohlerei mit Dampfbetrieb

Münzgasse 7. Schn. -Söderelen  
mit Leder- und Gummisohlen billig.  
herrensch. u. Absatzsöhle v. Mt. 1.90 an.

# Cigarren, Cigaretten

und Tabak empfiehlt [6727

E. Kriehler, 2.-Plagwitz

Schloßstraße 50.

NB. Abonnement auf die Volkszeitung

werden jederzeit entgegen genommen.

# Tapeten

von 10 Pfennige an empfiehlt

Zeiger Ernst Kopp

Zeiger Str. 57

# Leipziger Buchdruckerei

Aktiengesellschaft.

Vor kurzem erschienen:

Paul Göhre

# Vom Sozialismus

zum Liberalismus.

Wandlungen der Nationalsozialen.

Preis 75 M. Agitations-Ausgabe 20 M.

Dr. Eugen Losinsky

Was haben die Armen dem

Christentum zu verdanken?

Die vierte Sozialistische Ausklärungs-

schrift über das Christentum.

Preis 20 M.

Georg Bernhard

</div